

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinschneider, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspalt. Pettzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg. Beilagen nach Vereinbarung.

Die „Sucht nach Rente“.

In der vor kurzem im Reichstage stattgehabten Generaldebatte beim Etat des Reichsamt des Innern stellte der Graf Posadowsky Behauptungen auf, die wir mit der Überschrift dieses Artikels stigmatisiert, aber keineswegs erschöpfend charakterisiert haben, und die einer Besprechung zu unterziehen wir für unsere Pflicht halten.

Seit einer Reihe von Jahren wird in Organen, die den Berufsgenossenschaften nahe stehen, die Behauptung aufgestellt, daß die von den Arbeitern auf Grund der Versicherungsgesetze erhobenen Ansprüche nicht durch tatsächliche, den Ansprüchen entsprechende Einbuße an Erwerbsfähigkeit begründet seien; daß vielmehr seitens der Arbeiter beziehungsweise der in Betracht kommenden Versicherten sehr oft mit ihren Klagen übertrieben werde. Ja, die Organe der Berufsgenossenschaften gehen so weit, zu erklären, daß sich die Sucht, eine Rente zu bekommen, zu einer fixen Idee steigere und die „deutsche Nation“ dadurch in sittlicher und moralischer Beziehung immer mehr und mehr hinabgleite. Derartige Anschauungen in einem Organe der Berufsgenossenschaften zu finden, würde uns wenig oder gar keine Veranlassung geben, uns damit zu beschäftigen. Denn wenn sich die Berufsgenossenschaften zu Hütern der sittlichen und moralischen Qualitäten der deutschen Nation berufen fühlen und demgemäß aufspielen, so erzeugt dieses Verhalten bei allen Kennern der Berufsgenossenschaften höchstens einen Gekritzelserfolg. Aber beim Grafen Posadowsky scheint's anders zu sein, und das trotz der üblichen Erfahrungen, die er mit dem Unternehmertum bei der bekannten Zwölftausendmark-Affäre machen mußte. Schon im vorigen Jahre ließ er wiederholt durchblicken, daß die sachlich ganz ungerechtfertigten Behauptungen der berufsgenossenschaftlichen Organe nicht ohne Einfluß auf seine sozialpolitischen Anschauungen geblieben waren. Er sprach schon damals von einer „Sucht nach Rente“ und klagte insbesondere über die steigende Rentenlast und daß die allgemeinen Staatsbehörden wegen Geschäftsüberlastung den sozialpolitischen Aufgaben nicht mehr ausreichend gerecht werden und sich in die sozialpolitischen Fragen nicht mehr so vertiefen könnten, wie es notwendig sei, namentlich um zu verhindern, daß „unberechtigte Ansprüche“ anerkannt würden. Wegen dieser im Vorjahre ganz allgemein und ohne Beweis aufgestellten Behauptungen in diesem Jahre von sozialdemokratischer Seite gerügt, schwächte Posadowsky zunächst seine früheren allgemein gehaltenen Äußerungen etwas ab, und erklärte dann hinsichtlich der uns beschäftigenden Frage nach dem Stenogramm folgendes: „Es ist eine Erscheinung, die in weiten Kreisen beobachtet wird, daß Arbeiter, welche auch nur kleine Verletzungen erlitten haben, zuweilen in einen gewissen krankhaften, nur psychologisch erklärlichen Zustand verfallen, den Kampf um die Rente in einer Art führen, der wesentlich verzögernd auf die Heilung der Krankheit einwirkt. Das ist von so viel Sachverständigen behauptet worden, daß man dieser Tatsache ernst ins Gesicht sehen muß. Ich habe hier einen Zeitungsartikel, der von einem berühmten Nervenarzt geschrieben ist, welcher die Güte hatte, mir denselben mit einem Begleitschreiben zuzuschicken. Dort heißt es:

„Seute nehmen Tausende von Menschen um jeder Kleinigkeit willen, die sie früher kaum beachteten, Hilfe in Anspruch. Simulation und Betrug sind in so erschreckender Weise gestiegen, daß die großen Krankenkassen ohne und gegen ihren Willen Versicherungsanstalten gegen Arbeitslosigkeit geworden sind. Wenn der erste Schnee fällt, schnell die Krankenziffer in die Höhe. Die barmherzigen Ärzte sollen Krankenscheine unterschreiben und geraten so in einen steten Kampf zwischen Herz und Pflicht. Das hat der Gesetzgeber nicht vorausgesehen; aber es ist so gekommen, und Erfahrene schätzen, daß etwa ein Drittel aller Krankengelder nicht für wirkliche Krankheiten bezahlt wird.“

So der „berühmte Nervenarzt“. Und was sagt Graf Posadowsky dazu? Er erklärt, nachdem er noch zwei weitere, auf der gleichen Höhe der Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse stehende Äußerungen dieses famosen „Nervenarztes“, von dem wir leider den Namen nicht erfahren haben, zitiert hat:

„Meine Herren, wenn von ernstern Leuten, die selbst auf einem sehr „fortgeschrittenen“ sozialpolitischen Standpunkt stehen, solche Erfahrungen auf Grund ihrer amtlichen Praxis gemacht werden, dann darf man solche Erklärungen nicht für unsozial halten oder als lästig beiseite schieben, sondern hat die Verpflichtung, im Interesse der geordneten und zweckentsprechenden Wirksamkeit der großen und segensreichen sozialpolitischen Gesetzgebung

darüber nachzudenken, wie man solche Übelstände beseitigt, die nebenbei auch sehr gefährliche finanzielle Folgen zeitigen.“

Also, Graf Posadowsky zählt diesen „berühmten Nervenarzt“ zu den „ernstern Leuten“, die auf einem sehr „fortgeschrittenen“ sozialpolitischen Standpunkt stehen, und fühlt auch schon die „Verpflichtung“, „darüber nachzudenken“, wie man solche „Übelstände beseitigen“ kann.

Würde Graf Posadowsky auch nur eine oberflächliche Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse haben, so wäre einfach unmöglich gewesen, daß er sich von ein paar schön geredeten Worten hätte derartig bestechen lassen können, daß er sich öffentlich von der Tribüne des Reichstags zu solchen Anschauungen und zu einem solchen Programm bekennt.

Denn daß Graf Posadowsky dieses Urteil des „berühmten Nervenarztes“ durch die im Reichstag gemachten Bemerkungen zu dem feintönen gemacht hat, erscheint nach alledem zweifellos. Nach unserem Dafürhalten hätte er richtiger gehandelt und der Sache einen besseren Dienst geleistet, wenn er sich zuvor vergewissert hätte, ob denn dieses „wunderbare“ Urteil durch die Tatsachen gerechtfertigt wird.

Ob der Gewährsmann des Grafen Posadowsky ein guter Arzt ist, können wir nicht wissen, bezweifeln es aber nach dem Gehörten. Eine gute oder auch nur eine mäßige sozialpolitische Bildung hat er nicht. Aus seinem Urteil spricht eine solche sozialpolitische Rückständigkeit, daß man annehmen muß, daß er entweder Vertrauensarzt irgend einer Berufsgenossenschaft ist oder dem Unternehmertum sonst nahe steht.

Wenn seitens der Arbeiter jahraus jahrein so außerordentlich schwer darum gekämpft wird, eine ihrem Zustand entsprechende Rente zu erlangen, so beweist das keineswegs, daß bei ihnen das Bestreben besteht, nun unter allen Umständen — ob die Voraussetzungen dafür vorhanden sind oder nicht — diese Renten zu bekommen. Während die Berufsgenossenschaften nicht zugleich Versicherungsträger und erste Instanz bei Prüfung von Entschädigungsfällen sein, oder wären die Versicherten in den Vorständen beziehungsweise Ausschüssen, die über die Berechtigung des Rentenbezugs zu entscheiden haben, entsprechend vertreten, so würde mancher „Bescheid“ der Berufsgenossenschaften anders ausfallen und manche Klage beim zuständigen Schiedsgericht überflüssig sein. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, wie groß die Zahl der Verurteilungen ist, die von den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung zugunsten der Versicherten entschieden worden sind und läßt sich werden. Nebenbei bemerkt bilden sowohl die Höhe der Renten, insbesondere die Invaliden- und Altersrenten, wie auch die mit dem Bezug der Renten verbundenen Scherereien keinen besonders anreizenden Anlaß zu einer „Sucht nach Rente“.

Geradezu ungeheuerlich aber ist die Bemerkung des „berühmten Nervenarztes“, daß ein Drittel aller Krankengelder nicht für wirkliche Krankheiten gezahlt wird. Wenn irgend etwas den Beweis dafür liefert, daß dem „berühmten Nervenarzt“ und dem Grafen Posadowsky, der sich zum verantwortlichen Verbreiter und Vertreter dieser ungeheuerlichen Behauptung hergegeben hat, jede Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse abgeht, so ist es diese durch nichts gerechtfertigte These.

Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Unter der Herrschaft der die Volkskraft verwüstenden kapitalistischen Produktionsweise — eine Verwüstung, gegen die unsere Gesetzgebung und öffentliche Verwaltung bis jetzt nur einen höchst geringen, kaum nennenswerten Schutz gewährt — infolge übermäßiger Arbeitsleistung und ungenügender Ernährung, schlechter oder gänzlich mangelnder sanitärer Einrichtungen der Arbeitsstätten usw., wird die Kraft und die Gesundheit der Arbeiter sehr schnell untergraben und zerstört. Die große Mehrzahl der Arbeiter hat im Alter zwischen 30 und 40 Jahren, in einigen gewerblichen Berufen schon früher, ihre Arbeitskraft und Gesundheit zum größten Teil schon eingebüßt. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß von 100 Arbeitern immer mindestens 50 mehr oder weniger vom Siechtum respektive krankhaften Erscheinungen befallen sind, welche die Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe durchaus rechtfertigen und entsprechende Kur und Schonung geboten erscheinen lassen. Bei vielen Gelegenheiten, so auf den internationalen Kongressen zur Bekämpfung der Tuberkulose, ist von berufenen Vertretern der ärztlichen Wissenschaft nachdrücklich betont worden, es sei unbedingt notwendig, daß diejenigen Arbeiter, welche Krankheitserscheinungen an sich wahrnehmen, möglichst frühzeitig in ärztliche Behandlung sich begeben, daß Übel nicht weiter sich entwickeln lassen; nur dann sei auf eine er-

folgreiche ärztliche Bekämpfung desselben zu rechnen. Derselbe vernünftige Grundsatz wird unausgesetzt für die Wirksamkeit der öffentlichen beziehungsweise der von den Versicherungsanstalten errichteten Heilstätten geltend gemacht. Und in Duzenden von dies betreffenden, zum Teil amtlichen Rundgebungen ist zu lesen, daß es als eine Pflicht öffentlicher Krankenfürsorge durchaus geboten sei, die Arbeiter aufzuklären über die schweren gesundheitlichen Nachteile, die ihnen daraus erwachsen, wenn sie im Falle des Eintretens von Krankheitserscheinungen nicht so früh wie möglich in ärztliche Behandlung sich begeben. Und diese Mahnungen sind durchaus am Platze. Denn die Arbeiter sind, vielleicht von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen, nicht der krankhaften Neigung den Arbeitsunfähigen zu simulieren, um die Kassen betrügen zu können, nicht der „Sucht nach Rente“ unterworfen, sondern sie üben selbst in krankhaftem, oft sogar in bedenklich krankem Zustand ihre Arbeit weiter aus, um ihres Arbeitsverdienstes, dessen sie für sich und ihre Familie bedürfen, nicht verlustig zu gehen. Der Arbeiter geht nur dann zum Arzt beziehungsweise meldet sich erwerbsunfähig krank, wenn sein schon vorher krankhafter Zustand sich derart verschlimmert, daß er absolut nicht weiter arbeiten kann; er ist nicht ein Betrüger und Simulant, sondern ein durch den Kampf ums Dasein, durch die Not zur Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst verurteilter, sehr willensstarker Mensch.

Wenn der erste Schnee fällt, schnell die Krankenziffer in die Höhe, sagt der „berühmte Nervenarzt“, und ihm nach Graf Posadowsky, und beide wollen damit beweisen, daß die Krankenziffer infolge eintretender Arbeitslosigkeit in die Höhe schnell. Aber das gerade Gegenteil wird hierdurch bewiesen. Denn der erste Schnee bringt noch keineswegs Arbeitslosigkeit, auch nicht für diejenigen, die im Freien tätig sein müssen, Bauarbeiter, Steinarbeiter usw., mit sich. Es muß schon ein respektable Frost hinzutreten, um diese Arbeiter zur Einstellung der Arbeiten zu zwingen. Wenn trotzdem mit dem ersten Schnee die Krankenziffer steigt, so ist diese Erscheinung darauf zurückzuführen, daß die körperliche Konstitution vieler Arbeiter dem Witterungswechsel nicht gewachsen ist. Ihre geschwächte Widerstandskraft tritt in die Erscheinung und Erkrankungskrankheiten und Erkrankungen der Atmungsorgane, begleitet von Fieberanfällen, sind die Folge. Und da müssen die „barmherzigen Ärzte“ schon, wenn sie gewissenhaft ihrer Pflicht genügen wollen, die Krankenscheine ausstellen; sie können das ohne steten Kampf zwischen Herz und Pflicht.

Es ist unerhört und Grund zu einem energischen Protest aller einsichtsvollen Ärzte, daß einer ihrer zur „Berühmtheit“ gelangten Kollegen sich so schwer gegen Tatsache und Wahrheit veründigt, wie der Gewährsmann des Grafen Posadowsky das tut; es ist aber noch mehr Grund zu einem kräftigen Protest aller denkender Arbeiter gegenüber dieser der Arbeiterklasse von der Tribüne des Reichstags zugefügten schweren Beleidigung. F. L.

Die Tarifbewegung in Deutschland.

I.

Als ein wichtiges Kampfmittel im Befreiungskampf des Proletariats haben sich die Tarifverträge erwiesen. Deshalb wendet sich ihnen immer mehr das Interesse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu. Bisher hat es nun an einem zusammenfassenden Werke über den Werdegang und die bisherigen Erfolge der deutschen Tarifbewegung gefehlt; diesem Mangel will ein kürzlich erschienenenes Buch: „Gewerbliche Friedensdokumente. Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Tarifgemeinschaften in Deutschland, von Fanny Imle. Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1905“ abhelfen. Mit emsigem Fleiße hat die Verfasserin, die sich früher durch publizistische Arbeiten über Gewerkschaftswesen bekannt, noch mehr aber durch ihren Übertritt zum Katholizismus und zu den christlichen Gewerkschaften von sich reden machte, alles nur Irgendwie zu erlangende Material über Tarifverträge zusammengetragen. Mit allen gewerkschaftlichen Zentralstellen und mit etwa 5000 gewerkschaftlichen Ortsgruppen hat sie sich zur Erlangung der notwendigen Unterlagen in Verbindung gesetzt. Nicht immer und nicht überall fand sie die genügende und wünschenswerte Unterstützung. Wie sie im Vorwort des umfangreichen Werkes betont, versagte namentlich der Zentralrat der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ihr durch stillschweigende Nichtachtung ihrer Anfragen jedwede Unterstützung. Auch aus den Reihen der noch jungen christlichen Gewerkschaften gingen der Verfasserin, „wie ja auch

nicht anders zu erwarten war", nur wenige positive Angaben zu. Mit geradezu bewundernswertem Eifer und fast rührender Genauigkeit haben aber viele lokale Gewerkschaftsführer, vor allem der freien Gewerkschaften, die Fragebogen der Verfasserin beantwortet und ihr die Vertragsurkunden im Druck oder Abschrift übermittelt. So kann uns Fanny Jule ein wenn auch nicht vollständiges Bild der Tarifbewegung in Deutschland geben — die Tarifstatistik befindet sich noch im Anfangsstadium, so daß die Verfasserin bei der Durchführung ihrer Aufgabe mit all den Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, welche die Bearbeitung sozialpolitischen Neulandes mit sich bringt. Jedenfalls ist ihre Arbeit aber erster Beachtung des Gewerkschaftlers und Sozialpolitikers wert.

Am ersten Stelle wird die Tarifentwicklung in den graphischen Gewerben und da wieder im Buchdruckgewerbe gewürdigt. Mit Recht, denn die Buchdrucker waren es in erster Linie, die jederzeit und immer wieder den Gedanken der Tarifgemeinschaft propagiert haben. Fanny Jule geht zum Beweis dessen auf das Jahr 1848 zurück. Vom 11. bis 16. Juni 1848 tagte in Mainz die erste Generalversammlung der Buchdruckergehilfenschaft, die als das erste Deutsche Tarifparlament bezeichnet werden kann, da ihr Hauptzweck die einheitliche Regelung der Arbeitsbedingungen unter Mitwirkung und gleichmäßiger Anerkennung beider Parteien (der Arbeiter und Unternehmer) war. Dieses Streben der Buchdruckergehilfenschaft auf Abschluß von Tarifgemeinschaften fand in der von diesem Kongress an die Deutsche Nationalversammlung gerichteten Petition seinen Ausdruck. In dieser Petition waren die Forderungen angeführt, wie sie von dem Kongress formuliert worden waren. „Einige dieser Forderungen, so diejenigen auf Beseitigung der Schikanen reisender und überstehender Kollegen sind allerdings in keinen Zusammenhang mit der Tarifbewegung zu bringen. Auch das Verlangen nach Einschränkung des Maschinenwesens ist für uns nichts mehr als eine wehmütige Erinnerung an den kindlichen Kampf unserer Arbeiter und Kleinbürger gegen den Fortschritt", aber dessen ungeachtet ist diese Buchdruckerpetition an die Deutsche Nationalversammlung ein Dokument, welches in schlichten, oft sogar linksischen Worten, aber mit der ganzen Kraft der jugendlichen Begeisterung und des unerschütterlichen Vertrauens auf den sozialen Fortschritt die Notwendigkeit der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen von Organisation zu Organisation in geradezu klassischer Vollendung begründet. . . . Von der staatsbehaltenden Kraft ihres die gewerblichen Verhältnisse ordnenden Tarifs durchdrungen, wollen die Petenten die Nationalversammlung geradezu zum Tarifagitator machen, ja in der Erkenntnis, daß die machtvolle Ausgestaltung der beiderseitigen Organisationen die Grundlage jedes dauernden Vertrags ist, verlangen sie nicht nur freies Koalitionsrecht und Schutz für die Opfer des Tarifkampfes, sondern sie drängen das Parlament sogar zur Förderung einer Prinzipalsorganisation. . . . Diese Eingabe schildert in primitiven Worten das Wesen der Tarifgemeinschaft als eine Konsequenz der modernen Rechtsauffassungen und des sozialen Geistes unserer neuen Zeit".

Der Beginn der Tarifaktion der Buchdrucker datiert allerdings einige Monate vor dem Mainzer Kongress. Schon im Monat April des Jahres 1848 stellten die Berliner Gehilfen dem dortigen Prinzipalskomitee folgende Forderungen zu: 1. Zehnstündige Arbeitszeit; 2. Minimallohn von 5 Talern; 3. Verbot der regelmäßigen Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit; 4. 50 Prozent Aufschlag auf Überstunden oder 4 1/2 Silbergroschen für eine Überstunde; 5. Entschädigung von 1 1/2 Silbergroschen pro Stunde für Warten auf Beschäftigung; 6. Wöchentliche Auszahlung des Lohnes am Freitag innerhalb der Arbeitszeit; 7. Bildung eines Tarifschiedsgerichtes; 8. Wiedergewährung des Aushängexemplars (das heißt Überlassung eines Exemplars der in der Druckerei fertig gestellten Drucksachen an jeden dort tätigen Gehilfen), als Beihilfe und Belehrung der Druckereimitglieder". Diese Forderungen verraten durchaus modernen Geist. Von der Höhe der geforderten Löhne und Entschädigungen abgesehen, finden sie sich in ihrem Gehalt und in ihrer Fassung in den Forderungen fast jeder modernen Lohnbewegung wieder.

Die Berliner Buchdrucker waren damals infolge der ablehnenden Haltung ihrer Prinzipale genötigt, zur Durchführung ihrer Forderungen die Arbeit einzustellen. Dem Magistrat gelang es, eine Vermittlung zustande zu bringen, doch waren in der Folge noch mehrfach Arbeitseinstellungen notwendig, ehe prinzipalsseitig ein allerdings wesentlich reduzierter Tarif anerkannt und durchgeführt wurde. Dieser nur teilweise Erfolg der Berliner Gehilfen brachte die Arbeiter dem Organisationsgedanken immer näher, er brachte die Arbeiter aber auch zur Erkenntnis der Notwendigkeit einer nationalen Tarifgemeinschaft. Denn kurz nach den Berliner Buchdruckerkämpfen wurde auf einer Buchdruckerkonferenz die Gründung einer sich über ganz Deutschland zu erstreckenden Buchdruckerorganisation vollzogen, wie auch die Formulierung eines allgemein gültigen Tarifvertrages mit Behringskala vorgenommen. In diesem Tarif waren unter anderem auch Sozialzuschläge vorgesehen. Die organisierten Gehilfen wurden auf die Einhaltung dieses Tarifs verpflichtet, statutarisch wurde festgelegt, daß nur tariftreue Gehilfen in den Reihen der Organisierten Aufnahme finden durften. Über die den Tarif ignorierenden Firmen sollte die Sperre verhängt und vertragsbrüchigen Gehilfen sollte das Wirttum (Reiseunterstützung) entzogen werden.

Die Forderungen der Buchdruckergehilfen fanden schon vor der Mainzer Konferenz an einigen Orten, so in Breslau, Halle, Leipzig, München, Wien und verschiedenen kleineren sächsischen Städten, verständnisvolle Anerkennung bei der Prinzipalität. Auch nach derselben „sagte der neue

Arbeitsvertrag, besonders in Schlessen, vorübergehend noch Fuß, aber es stellte sich doch allmählich heraus, daß das Entgegenkommen der Arbeitgeber mindestens teilweise ein Angstprodukt gewesen war. Zu einer nachhaltigen und den Stürmen des Konjunktur- und Stimmungswechsels trohenden Festlegung der Tarifverhältnisse fehlten eben noch die unerläßlichen wirtschaftlichen und organisatorischen Vorbedingungen." Die Prinzipale wehrten sich immer entschiedener gegen die von den Gehilfen gestellten, doch so bestehenden Lohnforderungen. 90 Druckherren erklärten in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 24. Juli die Mainzer Beschlüsse für unannehmbar, da dieselben ebenso den wahren Interessen der Gehilfen in der jetzigen Zeit widersprechen, als sie das ganze Geschäft notwendig untergraben und jede Ordnung auflösen würden. Eine nach Leipzig einberufene Versammlung der Druckereibesitzer, die allerdings dürftig besetzt war, verpflichtete sich gegen eine Konventionalkasse von 50 Talern, Gehilfen, welche auf dem Boden der Mainzer Beschlüsse ständen, nicht in Kondition zu nehmen. Die Gehilfen beantworteten dieses Vorgehen der Prinzipale mit einer nahezu allgemeinen Arbeitseinstellung. In Berlin, Halle, Hamburg (dort mit Ausnahme von 8 Offizinen), Bremen, Erfurt, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Dresden, Gildburgshausen, Altona, Potsdam, Wien und anderen mehr traten die Gehilfen am 1. August in den Ausstand. Fast alle diese Bewegungen verliefen ungünstig für die Arbeiter. Die Jugend und Mangelhaftigkeit der Organisation mochte daran die Hauptschuld tragen. Auch die Organisation der Prinzipale war durchaus ungenügend und die Voraussetzung einer ersprießlichen Tarifbewegung sind ja sowohl gute Arbeiter- wie auch Unternehmerorganisationen.

Das zentrale Exekutivkomitee der Gehilfen in Frankfurt am Main berief nun trotz des Protestes der an den Mainzer Beschlüssen festhaltenen Mehrheit der Gehilfen nach dort eine gemeinsame Versammlung von Prinzipalen und Gehilfen ein, welche einen neuen, leichter durchführbaren Tarif beraten sollte. Am 27. August traten denn auch dort siebzug Vertreter zusammen, und bei einer Repräsentation von 2000 bis 3000 Gehilfen und einer schwachen Minorität von Prinzipalsdelegierten einigte man sich auf eine Herabsetzung respektive Verminderung der Arbeitspositionen, ein Minimum von 7 Gulden und die elfstündige Arbeitszeit. Ein provisorisches paritätisches Komitee wurde als Tarifexekutive eingesetzt, scheint aber trotz der Gemeinsamkeit der Beschlüsse keine namhaften Erfolge erzielt zu haben. Die Verhältnisse waren eben für eine durchgreifende Tarifverfassung noch nicht reif. Die politische Reaktion, die mit Ende des Jahres 1849 einsetzte, tat ein übriges, um der Tarifbewegung der Buchdrucker ein Ziel zu setzen. Die Aufhebung der Pressefreiheit und die schändliche Zensurpraxis führte zu einer schweren wirtschaftlichen Depression im Buchdruckgewerbe, die Polizeischikanen gegen die Arbeiterorganisationen, Haus-suchungen, Inhaftierungen, Vereinsauflösungen gaben dieser ersten deutschen Tarifbewegung vollends den Todesstoß.

Wir haben aus Grund des Jule'schen Buches diese Tarifbewegung ausführlicher geschildert, weil wir voraussetzten, damit einem Wunsche der Kollegen entgegenzukommen, etwas Näheres über die ersten deutschen Tarifkämpfe zu erfahren. In einem zweiten Artikel werden wir die weitere Entwicklung der Tarifbewegung im Buchdruckgewerbe besprechen.

Christlicher Streifbreecherfang.

München, den 30. März.

Um dem Unternehmertum nicht das Beispiel des Streikes in den Reihen der Arbeiterchaft zu bieten, vermeiden wir nach Möglichkeit jede Auseinandersetzung mit den christlichen Solzarbeitern. Das Verhalten der christlichen Führer nötigt uns wieder einmal zu einer unzweideutigen Stellungnahme gegen diese und den christlichen Solzarbeiterverband. Wir wollen das nur an einem Falle erweisen, der beweist, über wie wenig gewerkschaftliches Ehrgefühl die Christlichen verfügen.

Im verflochtenen Jahre hatten die hiesigen Partettleger wiederholt bei der Firma Klöpfer Streiks zu führen zur Anerkennung des Tarifs. Am 29. Februar 1904 legten auch sämtliche Kollegen bei Klöpfer die Arbeit nieder, nachdem es gelungen, diese von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, um die Einführung des hier seit 1898 gültigen Tarifs zu erzwingen. Zur Beilegung des Streikes wurde das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen; letzteres brauchte jedoch nicht in Tätigkeit zu treten, weil Klöpfer unterschriftlich die Anerkennung des Tarifs dem Gewerbeichter Dr. Brenner zu Protokoll gegeben hatte. Doch nicht lange und es kam bei Klöpfer zu neuen Differenzen, da von ihm der Tarif mit seinen klaren Bestimmungen einfach nicht gehalten wurde. Am 18. April fand deshalb erneut Verhandlung vor dem Gewerbeichter statt, weil namentlich Legermeister Pfeiffer den Tarif nicht bezahlte. Hierbei wurden nachstehende Vereinbarungen getroffen: „1. Herr Pfeiffer verpflichtet sich, in Zukunft die Arbeiter — mit Ausnahme der in den Bauten Ohmstraße 1 und Augustenstraße (Gürtelbacher) vorzunehmenden Arbeiten — nach dem bestehenden Tarif zu bezahlen. Absatz 2 und 3 handeln von der Wiedereinstellung der Streikenden. 4. Herr Klöpfer übernimmt die Garantie dafür, daß Herr Pfeiffer seinen Verpflichtungen nachkommt, widrigenfalls er demselben keinerlei Arbeit mehr überträgt. Dasselbe gilt bezüglich eventueller Differenzen bei Wurm & Henig. Obige Abmachungen wurden von Legermeister Pfeiffer, Partettfabrikanten Karl Klöpfer, dem Bevollmächtigten unserer Zahlstelle, sowie außer der Lohnkommission der Partettleger noch vom Gewerbeichter Dr. Brenner unterschrieben.

Dem Legermeister Pfeiffer kann es aber gar nicht in den Sinn, seiner Streifbreecherkolonne den Tarif zu bezahlen; die Folge war, daß die beiden anderen Legermeister keine Arbeit erhielten, weil Pfeiffer diese ja billiger, unter dem Tarif,

machen konnte, wie dies ja schon bei den Bauten Ohm- und Augustenstraße der Fall war; organisierte Partettleger stellte er einfach nicht ein. Den ganzen Sommer über zog sich dieser Streit mit Pfeiffer und seiner Tarifbreecherkolonne hin, und die Organisation sah sich veranlaßt, die Einlösung des Absatzes 4 der Abmachungen beim Gericht zu beantragen. Mittlerweile hatte sich Kaufmann Sinte mit der Firma Klöpfer affiziert, und am 17. November fand wieder Einigungs-verhandlung statt, zu der aber Klöpfer nicht erschienen war. Nur Sinte hatte der Vorladung Folge geleistet; dieser erklärte rundweg, eine bindende Erklärung für Klöpfer könne er in bezug auf Einhaltung des Tarifs nicht geben, er werde von Fall zu Fall entscheiden, ob und wie er den Tarif in Anwendung bringe; auf zwei Bauten wolle er demnach den Tarif bezahlen, weiter binde er sich aber nicht; und das alles trotz bindender früherer Abmachungen. Dieses Verhalten ging nicht bloß den Vertretern des Verbandes, sondern auch dem als Sachverständigen geladenen Direktor einer hiesigen Baufirma und dem Gewerbeichter über die Hutchnur, und die Verhandlungen verliefen ergebnislos; die Sperre bestand daher weiter, auch die Streifbreecher arbeiteten ruhig weiter.

Vor Gericht erklärte aber bei einer Entgegnung Herr Sinte, seine Arbeiter seien doch keine Streifbreecher, da sie jetzt auch organisiert seien, und zwar beim Christlichen Solzarbeiterverband. Selbst der Gewerbeichter mußte erklären, dies sei undenkbar, denn solche Leute könne die christliche Gewerkschaft unmöglich aufnehmen. Nachdem nun auch Pfeiffer selbst, sowie die Streifbreecher wiederholt auf ihre Mitgliedschaft bei den Christlichen hingewiesen und sogar eine Reihe von Namen anderer Streifbreecher uns genannt hatten, die bei den Christlichen organisiert seien, erfolgte seitens des Bevollmächtigten unserer Zahlstelle unterm 17. November eine Anfrage beim Ausschuss der Christlichen. Unter Bekanntgabe und Schilderung der Vorommission seit 29. Februar bei der Firma Klöpfer wurde die christliche Leitung befragt, ob es Tatsache sei, daß vier namentlich aufgeführte Streifbreecher vom Christlichen Solzarbeiterverband als Mitglieder aufgenommen worden seien. Am 21. November kam die Rückantwort des Vorsitzenden der Christlichen, in der es unter anderem hieß: „Pfeiffer und seine Leute sind bis jetzt nicht Mitglieder unseres Verbandes. Pfeiffer hat jedoch anlässlich des Gewerkschaftsfestes am 30. Oktober (!) im Gackerteller einem Kollegen unseres Verbandes gegenüber geäußert, er wolle sich bei uns aufnehmen lassen. Dieser Kollege hat dann veranlaßt, daß Pfeiffer jede Woche Zeitungen zugestellt erhielt." Des weiteren wurden wir um eine persönliche Aussprache in dieser Angelegenheit ersucht. Am 6. Dezember erfolgte unsererseits Mitteilung, daß eine Sitzung nicht nötig sei, in dem der Tatbestand des Verhaltens des Pfeiffer und seiner Kolonne so klar liege, daß hierüber keine abweichende Ansicht vorliegen könne. Gleichzeitig wurden den Christlichen die Berichte in Nr. 264 der „Münchener Post" über die Ursache des Streiks und der Sperre, sowie der Verhandlungen vor dem Gewerbegericht zugesandt mit den Namen von 17 Streifbreechern bei Klöpfer; ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Leute dennoch erneut behaupteten, Mitglieder des Christlichen Verbandes zu sein, und den Streifbreechern ihre Mitgliedsbücher vom Christlichen Solzarbeiterverband vorzeigten. Eine Rückantwort erfolgte nicht. Mittlerweile wurde der Ausschluß von sieben Partettlegern, welche bei Klöpfer ebenfalls Streifbruch begangen, aus unserem Verband vollzogen und unterm 21. Februar ds. Jrs. unter Überwindung der Nr. 7 der Zeitung, in der der Ausschluß veröffentlicht, sowie unter erneuter Angabe der Veranlassung dieser Ausschüsse und Schilderung der Vorommission den Christlichen Mitteilung gemacht und angefragt, nachdem nachgewiesen sei, daß bereits die von uns jetzt ausgeschlossenen als Mitglieder aufgenommen worden seien, „ob sie diese Leute nun weiter in ihrer Organisation behalten wollten und welche Stellung die christliche Zahlstelle diesen Leuten gegenüber einzunehmen gedenkt". Dabei wurde auch der Wunsch ausgedrückt, „daß wir eine Antwort erwarten, die so ausfällt, wie sie bei organisierten Arbeitern ausfallen muß, welchen die Ehre und das Ansehen des Verbandes heilig ist". Doch wir hatten uns getäuscht, denn mit dem 17. März befristigten die Christlichen selbst die Aufnahme der ihnen als Streifbreecher längst bekannten Kollegen; sie schrieben uns: „Nachdem eine gemeinsame Sitzung abgelehnt wurde, haben wir mit der in Frage kommenden Firma Rücksprache genommen. Diese verpflichtete sich uns gegenüber schriftlich, den Tarif voll zu zahlen, sowie auch darauf zu achten, daß derselbe auch von den Zwischenmeistern eingehalten wird. Hierauf erfolgten zum Teil Aufnahmen. — Im übrigen lehnen wir es ab, uns über die Pflichten organisierter Arbeiter eurerseits belehren zu lassen. Wir haben als Angehörige einer selbständigen Gewerkschaft stets nach unserem Gutdünken gehandelt, was wir auch ferner tun werden." —

Also die Christlichen gingen zu Klöpfer, ließen sich befristigen, daß er den Tarif bezahlte, nachdem ihnen bekannt war, daß die aufgenommenen Leute längst Streifbreecher sind; anstatt diesen Leuten den verdienten Fußtritt zu geben und sie aus der Organisation auszuschließen, höhnt man den Deutschen Solzarbeiterverband in bekannter Manier an, und damit glaubt man die Ehre gerettet zu haben. Doch das schönere kommt noch. Diese christlich organisierten Streifbreecher arbeiten heute noch bei Klöpfer unter dem Tarif, nach deren eigenen Angabe einem Mitglied unseres Verbandes gegenüber, da es Pfeiffer nicht im Traume einfällt, den Tarif voll zu bezahlen. Wir haben mittlerweile die Sperre, die unter solchen Umständen vollständig aussichtslos ist, aufgehoben, zumal sich ein Legermeister verpflichtete, unseren Kollegen den Tarif zu bezahlen; es ist dies jener Meister, der im vergangenen Jahre auch den Tarif bezahlte, jedoch durch das Verhalten des Pfeiffer keine Arbeit mehr bekam.

Nun, die christlichen Solzarbeiter haben nun auch in München aus von unserem Verband ausgeschlossenen Partettlegern und einer Reihe von notorischen Indifferenten, Tarif- und Streifbreechern eine Partettlegersektion gegründet. Wir gratulieren ihnen hierzu, aber solche Brüder als organisierte, gleichberechtigte Kollegen anzuerkennen, das fällt keinem organisierten, rechtlich denkenden Partettleger Münchens ein und die deutschen Kollegen werden es uns nicht verdienen können, wenn wir diese christliche Solzarbeiterorganisation, der jeder Funken von gewerkschaftlichem Ehrgefühl abhanden

gekommen ist, der tiefsten Verachtung allen organisierten Arbeitern empfehlen, zumal deren Verhalten auch in anderen Fällen kein einer Arbeiterorganisation würdiges ist. So wurde kürzlich in einer hiesigen Möbelfabrik unser langjähriger Delegierter gemahnt. Der Fabrikausschuß, sowie der Bevollmächtigte der Zahlstelle wurden dieserhalb beim Direktor vorstellig und letzterer erklärte sich bereit, in einer Fabrikversammlung den Kollegen seine Gründe der Entlassung auseinanderzusetzen, worauf man sich einigte, von weiteren Schritten Abstand zu nehmen; dafür stimmten auch die dort beschäftigten sechs oder acht Christlichen. Einige Tage darauf erschien im hiesigen „Arbeiter“ ein ellenlanger Artikel, in welchem die Tätigkeit des Delegierten verhöhnt und die Kollegen wegen ihres Vorgehens, den Direktor zur Rechenschaft zu ziehen — der sich übrigens hierzu selbst erbötig gemacht hatte —, in der unflätigsten Weise angepöbeln wurden. Darauf fand eine Werksratversammlung statt, in der die Kollegen ein solches Verhalten entsprechend geißelten, und siehe da, dieselben Christlichen unterschrieben eine Erklärung und Resolution, in welcher sie das Vorgehen des Artikelschreibers, der in ihren eigenen Reihen sich befand, auf das allerentschiedenste verurteilten, was aber diesen wiederum nicht hinderte, in derselben Nummer des „Arbeiter“ hinter der eigenen Erklärung erneut den Verband mit Rot zu bewerfen. Solch ein Manöver, sich damit bei der Betriebsleitung „das Kind“ zu machen, ist zu durchsichtig und verständig auch nicht, da selbst bei einem Arbeitgeber ein solches Gebahren nur Ubel erzeugen muß.

In Nr. 12 des christlichen „Holzarbeiter“ hält sich der Münchener Stribisfar ganz gewaltig darüber auf, weil angeblich im Jahresbericht der Zahlstelle München die christliche Organisation verkleinert worden sei, wobei demgegenüber darauf hingewiesen wird, daß die Mitgliederzahl unserer Zahlstelle in Pasing um die Hälfte zurückgegangen sei. Dem Herrn dürfte doch nicht unbekannt geblieben sein, daß mehr als die Hälfte unserer Mitglieder von Pasing anläßlich des Streiks dort abgereist sind und in München und anderen Städten sich um Arbeit umgesehen haben. Über unsere Lohnbewegungen in München, die wir im vergangenen Jahre hatten, wird einfach erklärt, die Erfolge seien nicht nennenswert und wo etwas erreicht wurde, waren natürlich die Christlichen dabei, es zehntausend! Von 15 Streiks endeten 8 erfolgreich; bei den Lohnhöhen erreichten 835 Kollegen im Durchschnitt eine Lohnerhöhung von 4 1/2 Prozent. Die Parteilagerer zeigten bei den Streiks die Anerkennung des Tarifs durch, wenn auch durch das Verhalten der jetzigen christlich organisierten Streikbrecherparteilagererkolonnen die Erfolge wieder zum Teil illusorisch gemacht wurden, so ändert das nichts an der Tatsache des Erfolges. Also bei Pöffenbacher, Kohlbecker usw. geruhten die Christlichen zuzugeben, daß Erfolge erreicht wurden, aber bloß deshalb, weil sie dabei waren; wir konstatierten dem christlichen Sagenpeter lediglich, bei Pöffenbacher waren damals von 101 beteiligten Kollegen 14 Christliche, bei Kohlbecker von 41 beteiligten 3 Christliche, bei Wallin von 110 beteiligten ganze 4 christlich organisierte. In allen Fällen gingen die Bewegungen lediglich von uns aus und wurden auch von uns geleitet; im ersten Betrieb erreichten 27 Kollegen je 3 Pf., 62 je 2 Pf. und 10 Kollegen je 1 Pf. Erhöhung des Stundenlohnes, im letzten Betrieb nach zweitägigem Streik 5 Kollegen je 4 Pf., 41 Kollegen je 3 Pf., 55 Kollegen je 2 Pf. und 6 Kollegen je 1 Pf. Erhöhung des Stundenlohnes. Nur einer Nichtteilnahme haben wir uns schuldig zu machen; der Artikelschreiber hält sich darüber auf, daß wir bei dem Mitgliederstand der christlichen Zahlstelle, welcher nach deren eigener Angabe 222 beträgt, lediglich die Tapezierer und Sattler aufgeführt haben, während wir die Zimmerer vergesen hätten. Dies tragen wir hiermit nach und fragen dabei an: „Wo bleiben denn dann die Schreiner?“ Da bleiben jedenfalls dann kaum 100 Männlein über. Unsere Zahlstelle hatte aber im vorigen Jahre eine Zunahme von rund 570 Mitgliedern, das ist mehr als doppelt so viel allein an Zunahme, als die Zahlstelle der Christlichen an Mitgliedern inklusive der Sattler, Tapezierer, Zimmerer und anderen zusammen hat.

Allerdings kommt in diesem Jahre noch der Mitgliederzuwachs der Parteilagererstreikbrechersektion hinzu. — Wir haben es bisher vermehrt, zum Gaudium der Unternehmer, uns mit den Christlichen hier herumzubalgen, doch wenn der neue Bezirksleiter es anders haben will, wir können auch anders, wenn das Geflässe so weiter geht.

Der Modelltschlerstreik in Berlin.

r. L. Raum ist ein Vierteljahr verflossen, daß einer der größten Kämpfe in der Holzindustrie beendet wurde, so ist schon wieder ein neuer großer Kampf ausgebrochen. Wenn auch diesmal eine geringere Anzahl Arbeiter in Frage kommt wie bei der letzten Ausperrung, so ist dem begonnenen Streik der Modelltschler kaum eine geringere Bedeutung beizumessen. Handelt es sich doch diesmal um einen weit stärkeren Gegner, als wie die Berliner Tischlermeister. Die Unternehmerorganisation in welcher die betroffenen Firmen organisiert sind, ist bisher in allen Kämpfen unbeflegbar hervorgegangen. Die Eisenindustriellen haben Arbeiterorganisationen noch nie anerkannt. Kamen in irgend einem Betrieb Lohnstreitigkeiten zum Ausbruch, so wurde jedesmal dem Vertreter der Arbeiterorganisation die Tür gewiesen, sobald ein solcher den Versuch machte, zwecks Beilegung der Differenzen eine Unterhandlung mit dem Fabrikanten anzubahnen. Die Statuten des Verbandes der Eisenindustriellen verbieten es den Mitgliedern, mit einem Vertreter der Arbeiterorganisation zu verhandeln. Nur wenn dieser Vertreter als Privatperson kommt, dürfen die Fabrikanten mit ihm sprechen. Jedoch darf dies nur mit ihm allein geschehen, nicht aber im Weisheit der im Betrieb beschäftigten Arbeiter. Die Arbeiter dürfen nur durch die von den Fabrikanten gnädigst anerkannten Betriebsausschüssen ihre Wünsche bei den Fabrikdirektoren vorbringen. Das muß aber schriftlich in Form einer Bittschrift geschehen, oder wenn doch mündlich, dann aber mit strenger Einhaltung aller Höflichkeitsformen und den üblichen untertänigsten Verbeugungen. Selbstverständlich dürfen nur Bitten und Wünsche vorgebracht werden. Die können in wohlwollende Erwägungen gezogen und als Zeichen der Arbeiterfreundlichkeit des Fabrikanten bewilligt werden. Fordern dürfen die Arbeiter natürlich nichts; das wird

rundweg abgelehnt. Und erst wenn die Arbeiter mit dem Streik drohen, dann ist jedes Entgegenkommen ausgeschlossen. Das verbieten die Satzungen des Unternehmerverbandes. Auch den Modelltschlern wurde gesagt, daß nichts bewilligt werden könne, weil es sich um einen Streik handle. Würden die Arbeiter einzeln um Erfüllung ihrer Wünsche bitten, könnten verschiedene der leicht erfüllbaren Forderungen zugestanden werden. Aber weil die Modelltschler mit dem Streik drohen, deshalb wird alles abgelehnt, wie es eben die Beschlüsse des Verbandes der Eisenindustriellen vorschreiben.

Die Leiter des Verbandes der Eisenindustriellen, die den Arbeitern unter der Bezeichnung Kühnemänner bekannt sind, begnügen sich nicht, ein strenges Regiment in ihren eigenen Betrieben zu führen, sondern sie veranlassen auch die Unternehmer anderer Berufe, bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Herrenstandpunkt herauszuführen. Verschiedene Streiks wären schon vermieden worden, wenn sich nicht die Kühnemänner hineingemischt hätten. Auch an den Kämpfen der Berliner Holzarbeiter haben diese Scharmacher ein gut Teil Schuld. Sie waren es, die den Tischlermeistern mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben, als diese ihren Arbeitsnachweis nach dem Muster des Zwangsnachweises der Eisenindustriellen einrichten wollten. Die im Metallgewerbe gelübte Unterdrückung der Arbeiter macht Schule. Die Unternehmer anderer Berufe nehmen sich ein Beispiel an den Kühnemännern und bemühen sich, auch solche Zustände herbeizuführen, wie sie in der Metallindustrie bestehen. Aus diesem Grunde erblicken die Arbeiter aller Berufe in den Eisenindustriellen eine drohende Gefahr.

Die jahrelange Knechtschaft, in welcher die Arbeiter der Eisenindustriellen leben, hat sie noch nicht derartig abgestumpft, daß sie sich an diese Zustände gewöhnt haben. Sie hoffen alle, einmal dieses Joch abzuschütteln zu können.

Auch unsere Kollegen in der Modelltschlerbranche hat der seit Jahren auf ihnen lastende Druck dazu getrieben, durch eine Lohnbewegung etwas bessere Verhältnisse zu schaffen. Sie haben die Vorbereitungen zur Lohnbewegung aufgefaßt, wie den Vorabend eines wichtigen Ereignisses im Beruf, wie die Vorbereitungen zu einer großen Demonstration, durch welche den Unternehmern gesagt werden soll, daß sie sich die Knechtschaft nicht mehr länger gefallen lassen wollen. Den Eisenindustriellen wollen sie damit erklären, daß von der weiteren Unterdrückung und Bevormundung der Arbeiter abgesehen werden soll. Es sei an der Zeit, daß auch die Arbeiter als gleichberechtigter Faktor anerkannt werden, und den Arbeitern das Recht eingeräumt wird, an der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitbestimmen zu können.

Die Modelltschler sind bei der Arbeitsniederlegung nicht so zu Werke gegangen, wie es eine erfahrene Organisationsleitung auf Grund eines gut ausgearbeiteten Kriegsplans machen würde. Die Lohnbewegung hat bei ihnen die Hoffnung und den Wunsch erweckt, den auf ihnen lastenden Druck abzuschütteln, selbst wenn es nur für die Dauer des Streiks wäre. Eine große Begeisterung hat sie ergriffen und alle mit fortgerissen. Ob im Holzarbeiterverband, im Gewerksverein oder unorganisiert, ob 20 oder 30 Jahre im Betrieb beschäftigt, alle haben sich dem Streik angeschlossen. Daß auf einen sofortigen Erfolg noch nicht zu rechnen war, haben die Modelltschler wohl gewußt. Die Stärke des Gegners ist ihnen wohl bekannt gewesen. Aber sie haben den Kampf nicht gescheut, wenn er auch sehr hartnäckig wird und längere Zeit in Anspruch zu nehmen scheint. Einmal muß ja doch der Kampf mit den Eisenindustriellen aufgenommen werden. Selbstverständlich wird dieser erste Streik noch nicht alle Uebelstände beseitigen. Es werden noch sehr viele Streiks in der Eisenindustrie geführt werden müssen, ehe den Arbeitern die ihnen zukommenden Rechte eingeräumt werden. Dieser Streik ist nur der erste Schritt. Es werden ihm weitere folgen, bis endlich das Ziel erreicht ist und die Arbeiter als gleichberechtigter anerkannt worden sind. Selbst wenn ein solcher Kampf zehn Jahre dauern sollte und jedes Jahr gestreikt würde, es können getroßt einige Niederlagen dabei zu verzeichnen sein, so wird dieser Kampf doch ausgefochten werden. Die Unternehmer mögen nicht glauben, daß es nur daran ankommt, alles anzubieten, um bei dem jetzt ausgebrochenen Streik als Sieger hervorzugehen. Dem einmal begonnenen Kampfe werden eben weitere folgen. Dann werden aber die Arbeiter jedesmal mit größerem Geschick ihren Gegnern gegenüberzutreten.

Der Kampf wird diesmal mit großer Erbitterung geführt werden. Alle Großbetriebe haben die Forderungen rundweg abgelehnt. Sie hoffen, Streikbrecher zu bekommen oder Streikarbeit aus anderen Städten beziehen zu können. Mehrere Fabrikanten haben bereits Zeichnungen nach auswärts versandt. Der Vorstand des Verbandes der Eisenindustriellen inseriert in den Zeitungen derjenigen Orte, in denen Modelltschler vorhanden sind. Es wird Aufgabe der Verwaltungen aller Zahlstellen sein, sofort ein Gegeninserat zu erlassen, wenn in den an ihrem Orte erscheinenden Zeitungen Modelltschler, Fabriktschler und Drechsler nach Berlin gesucht werden. Desgleichen wird es notwendig sein, dafür zu sorgen, daß keine Streikarbeit nach Berlin geliefert wird.

Die Arbeit ruht in 34 Betrieben. Von einigen kleinen Firmen abgesehen, sind es lauter größere Maschinenfabriken und Eisengießereien. Gearbeitet wird in 16 Werkstätten, welche die Forderungen bewilligt haben. Am ersten Streiktag wurden 660 Streikende gezählt, davon gehörten 488 dem Holzarbeiterverband, 82 dem Gewerksverein der Tischler, 22 dem Gewerksverein der Maschinenbauer, 67 anderen Organisationen und 51 keiner Organisation an. 12 Firmen mit 70 Kollegen bewilligten die Forderung ohne Arbeitsniederlegung. Die Mehrzahl davon sind Modelltschlermeister, die für Eisengießereien liefern, in denen keine Modelltschler beschäftigt werden. Nur in einem Großbetrieb, dem Rabelwerk, sind die Forderungen ohne Streik bewilligt worden. Das Rabelwerk ist ein Zweigbetrieb der Allgemeinen Elektricitätsgesellschaft, deren Modelltschler sich im Streik befinden. Die Modelltschler vom Rabelwerk haben aber nicht lange zu den neuen Bedingungen gearbeitet. Durch die Beschlüsse der Unternehmerorganisation sah sich die Direktion vom Rabelwerk veranlaßt, die den Modelltschlern von ihrem Betriebsleiter gemachten Zugeständnisse für ungültig zu erklären, so daß auch diese Kollegen die Arbeit niederlegten. Im Laufe der ersten Streikwoche haben noch 6 Unternehmer bewilligt. Insgesamt bewilligten 18 Firmen

mit 107 Kollegen. Außer den Kollegen vom Rabelwerk sind noch nachträglich die Kollegen von Zahn & Zinke zu den Streikenden hinzugekommen. Die Forderungen sind zwar zugestanden worden, aber einige Tage darauf sollten sie arbeiten für eine im Streik befindliche Fabrik ausführen, was sie selbstverständlich verweigert haben. Am Schluß der ersten Streikwoche arbeiteten 86 Kollegen bei 16 Firmen, welche die Forderungen anerkannt haben.

Mit den selbständigen Modelltschlermeistern (nicht den Werkführern oder Maschinenfabriken) fand eine Verhandlung statt, an der auch Obermeister Nahardt teilnahm. Herr Nahardt hatte alle Modelltschlermeister zu einer Versammlung eingeladen, in welcher eine neue Sektion des Arbeitgeberschutzverbandes gegründet wurde. Mit einer Kommission dieser neuen Vereinigung fand die Verhandlung statt. Die Meister erkannten zwar die Berechtigung der Forderungen an, weigerten sich aber entschieden, die geforderten Minimallöhne zu bewilligen, weil sie nach ihrer Meinung nicht wissen, was sie für Leute in ihre Betriebe bekommen, und ob die jedesmal den Minimallohn verdienen. Von seiten der Arbeiter konnte von den Minimallöhnen nicht abgegangen werden, weil die Minimallöhne für die Fabriken unbedingt notwendig sind. Bei den Einzelverhandlungen mit den Meistern hat die Mehrzahl von ihnen die Forderungen anerkannt.

Die im Verband der Eisenindustriellen organisierten Unternehmer haben jede Verhandlung abgelehnt. Jedoch hoffen die Kollegen, daß sie bald gezwungen werden, mit der Organisation in Verhandlung zu treten. Wenn sich keine Streikbrecher finden und Streikarbeit überall zurückgewiesen wird, dann werden auch sie nachgeben müssen. Dafür zu sorgen, daß dies recht bald geschieht, so hoffen die Berliner Modelltschler, werden alle Kollegen bemüht sein.

Soziales.

„Genügende“ Ernährung. In der Korrigendenanstalt in Glückstadt in Schleswig-Holstein werden für den täglichen Unterhalt eines Korrigenden 27,66 Pfennig aufgewendet. Das erschien sogar einem Mitglied des Provinziallandtages zu gering, der Landeshauptmann v. Graba aber erklärte, es liege keine Veranlassung für eine Erhöhung der Position vor, da die Ernährung der Korrigenden durchaus genügend sei.

Man sollte diesen Herrn Landeshauptmann mal vier Wochen hindurch auf Tagesrationen im Werte von 27 1/2 Pf. setzen; er würde dann wohl die Todesstrafe für humaner erklären als diesen langsamen Hungertod.

Die Versicherungsträger der Invalidenversicherung hatten nach der kürzlich erschienenen Nachweisung am Schluß des Jahres 1904 ein Gesamtvermögen von 1 093 259 684 Mk., wovon 90 718 129 Mk. auf die Kasseneinrichtungen und das übrige auf die Versicherungsanstalten entfällt. Von der Gesamtsumme waren angelegt und 86 1/2 Millionen in Reichsanleihen, 128 1/2 Millionen in Anleihen deutscher Bundesstaaten und staatlich garantierten Eisenbahnpapieren, 646 Millionen in Schuldverschreibungen, Pfandbriefen und Darlehen bei Gemeinden und weiteren Kommunalverbänden, 217 1/2 Millionen in Hypotheken und Grundschuldbriefen, 44 Millionen Wert der eigenen Grundstücke, der Rest in Sparkassen und Rentenbeständen einschließlich Bankguthaben. Über die Anlagen der Gelder für gemeinnützige Zwecke am Schluß des Jahres 1904 wird mitgeteilt, daß hergegeben wurden rund 73 1/2 Millionen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses; 178 1/2 Millionen für den Bau von Krankenhäusern und ähnlichen Anstalten, für Herbergen, Arbeiterkolonien, Volkshäuser, Kleinkinderkrippen, Schlachthäuser, Kanalisations- und Wasserleitung, Anlagen, für Spar- und Konsumvereine und ähnliches; 133 Millionen für den Bau von Arbeiterwohnungen und 83 Millionen für eigene Pflegeanstalten. Eine interessante Gegenüberstellung des Vermögens der Anlagen für gemeinnützige Zwecke zur Gesamtanlage zeigt, daß sämtliche Versicherungsträger im Jahre 1904 53 Prozent ihrer Anlagen für gemeinnützige Zwecke machten. Die einzelnen Versicherungsträger zeigen darin jedoch ungewöhnlich große Unterschiede. Während die Versicherungsanstalt der Hansestädte ihre gesamten Anlagen in diesem Jahre für gemeinnützige Zwecke machten, betrug diese Anlage bei der Versicherungsanstalt Posen nur 3 Prozent ihrer Gesamtanlage. Berlin hat im Jahre 1904 24 Prozent, Brandenburg 86 Prozent für gemeinnützige Zwecke angelegt.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Die Ergebnisse der Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongreß sind die folgenden. Es erhielten Stimmen:

Gau Danzig: Güth-Danzig 513, Mallwitz-Golberg 122, zersplittert 20, ungültig 84, zusammen 689 Stimmen. Gewählt ist Louis Güth, Gauvorsteher, Danzig.

Gau Stettin. Falkenberg-Stettin 227, Hack-Stralsund 88, Raffabe-Stettin 178, Kramer-Bismar 227, Krüger-Stolck 159, Rühlsdorf-Stargard 88, Wille-Bredow 54, zersplittert 5, ungültig 7, zusammen 728 Stimmen. Stichwahl zwischen Falkenberg und Raffabe.

Gau Breslau. Dietrich-Breslau 745, Thelcke-Diegnitz 80, Broßig-Breslau 321, zersplittert 11, ungültig 10, zusammen 1167 Stimmen. Gewählt ist Karl Dietrich, Gauvorsteher, Breslau.

Gau Berlin. Methner-Frankfurt 131, Nebell-Mofterfelde 81, Schulz-Urnswalde 45, Stahlberg-Charlottenburg 146, Stufche-Berlin 1532, Lampfa-Guben 67, zersplittert 16, ungültig 26, zusammen 1994 Stimmen. Gewählt ist Franz Stufche, Gauvorsteher, Berlin.

Gau Dresden. Gabel-Adelsberg 70, Gerlitze-Dresden 2231, Eiß-Birna 84, Jöbel-Mügeln 62, Weier-Geringswalde 879, zersplittert 24, ungültig 37, zusammen 2887 Stimmen. Gewählt ist Otto Gerlitze, Gauvorsteher, Dresden.

Gau Chemnitz. Gericke-Leipzig 1143, Seynemann-Gilenburg 88, Nocke-Chemnitz 683, Werner-Gera 366, zersplittert 20, ungültig 14, zusammen 2264 Stimmen. Gewählt ist Wilhelm Gericke, Tischler, Leipzig.

Gau Erfurt. Böttcher-Frankenhausen 85, Hirsing-Gotha 181, Leindefeer-Bürgel 106, Pappo-Erfurt 437, Sieber-Sonneberg 28, Schäfer-Mühlhausen 72, Trautvetter-Umenau 79, Unverzagt-Weimar 45, Weiß-Goldlauter 1, zersplittert 4, ungültig 14, zusammen 1052 Stimmen. Stichwahl zwischen Hirsing und Pappo.

Gau Magdeburg. Bauer-Magdeburg 941, Braun-Galberstadt 6, Rinne-Mscherleben 17, Prack-Braunschweig 92, Schnabel-Halle 44, zersplittert 2, ungültig 16, zusammen 1118 Stimmen. Gewählt ist Ernst Bauer, Gauvorsteher, Magdeburg.

Gau Hamburg. Haß-Riel 181, Neumann-Hamburg 791, Sander-Garben 47, Schmidt-Bremen 529, Willers-Lübeck 294, zersplittert 7, ungültig 36, zusammen 1885 Stimmen. Stichwahl zwischen Neumann und Schmidt.

Gau Hannover. Folge-Cassel 349, Haat-Hannover 797, Schred-Bielefeld 362, zersplittert 5, ungültig 22, zusammen 1585 Stimmen. Gewählt ist Karl Haat, Tischler, Hannover.

Gau Oberfeld. Grönwolff-Münster 114, Hartung-Oberfeld 661, Kunst-Offen 121, Lau-Dortmund 161, Noes-Mühlheim 19, Seifert-Cöln 363, Streppel-Haan 18, Krumbach-Oberfeld 294, zersplittert 10, ungültig 32, zusammen 1733 Stimmen. Stichwahl zwischen Hartung und Seifert.

Gau Frankfurt. Engelmann-Worms 447, Jndrian-Wiesbaden 185, Kromann-Mainz 431, Kehldebt-Mannheim 213, Seifert-Weinheim 421, Weidner-Frankfurt 647, zersplittert 52, ungültig 40, zusammen 2436 Stimmen. Stichwahl zwischen Engelmann und Weidner.

Gau Nürnberg. Stein-Nürnberg 365, Böllner-Fürth 340, zersplittert 20, ungültig 5, zusammen 730 Stimmen. Gewählt ist Lorenz Stein, Gauvorsteher, Nürnberg.

Gau München. Raith-München 312, Simon-Mugsburg 166, zersplittert 2, ungültig 21, zusammen 492 Stimmen. Gewählt ist Anton Raith, Gauvorsteher, München.

Gau Stuttgart. Christianen-Freiburg 233, Peter-Cannstatt 96, Raub-Stuttgart 647, zersplittert 9, ungültig 9, zusammen 1194 Stimmen. Gewählt ist Georg Raub, Gauvorsteher, Stuttgart.

Zahlstelle Berlin. Gewählt ist Theodor Glocke mit 518 Stimmen.

Die Stichwahlen in den Gauen Stettin, Erfurt, Hamburg, Oberfeld und Frankfurt haben spätestens am 29. April stattgefunden. Ein Formular zur Einsendung des Stichwahlergebnisses erhalten die beteiligten Zahlstellen in den nächsten Tagen zugesandt.

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. April d. J. den angegebenen wöchentlichen Lokalbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben: Königswusterhausen 10 Pf., Reikheim 10 Pf., Cöpenick 10 Pf., Saarbrücken 10 Pf., Nürnberg 10 Pf., weibliche 5 Pf., Dschaz 10 Pf., Cannstatt, Reutlingen, Fachsenheim, Göttingen, Alfeld, Eßlg, Stolpen, Mcherleben und Güstrow je 5 Pf., ferner ab 1. Mai Ruhrokt 5 Pf. pro Woche.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Alfeld. Die letzte Mitgliederversammlung am 1. April war recht schlecht besucht, trotz aller Ermahnung an die Kollegen, zu erscheinen, und obwohl Beschlüßfassung über Erhebung eines Extrabeitrags auf der Tagesordnung stand. Die Versammlung hat nichtswürdiger, und zwar einstimmig, beschlossen, ab 1. April einen Extrabeitrag von 5 Pfennig pro Woche zu erheben, die Kollegen müssen sich damit abfinden, eine Verzögerung des Beschlusses war nicht gut möglich. Haben wir doch hier am Orte noch so viele Aufgaben zu erledigen, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse bedürfen dringend der Besserung, vor allem müssen wir aber das Kost- und Logiswesen abschaffen. Dazu bedarf es außerordentlich Opfer, aber auch der Unterstützung aller Kollegen am Orte. Das mögen besonders die Kollegen in den Nachbarorten, nicht zuletzt aber in Delligau die bei der Braunschweig-Hannoverschen Maschinenfabrik beschäftigten 30 Modellstecher beherzigen, die den Weg zur Organisation bisher noch nicht gefunden haben, sich insolgedessen mit Abhängen bis 80 Pfennig pro Stunde begnügen müssen. Kollegen, nur der Verband schafft Besserung unserer Lage. Tretet alle dem Verband bei, es müßte mit dem Teufel zugehen, wollten wir dann nicht bessere Verhältnisse schaffen. Erscheint alle vollständig in der am 15. April, abends 9 Uhr, stattfindenden Mitgliederversammlung, da wollen wir einmal sehen, was sich machen läßt.

Deggendorf. Am 25. März fand hier eine öffentliche Versammlung statt, welche trotz reger Einladung nur mangelhaft besucht war. Kollege A. Winter-München sprach unter Beifall über: „Die allgemeine Lage der Arbeiter und wie kann diese verbessert werden.“ In der Versammlung wurden wieder einige Neuauflagen gemacht. Kollegen, ihr habt aus den gewiß zutreffenden Worten unseres Kollegen Winter entnehmen können, wie nützlich es für jeden einzelnen ist, einer Organisation anzugehören, die keine Opfer scheut, um die Mißstände in unserem Berufe zu beseitigen und für das Wohl der Arbeiter zu sorgen. Habt auch gehört, daß alles dieses nur vollbracht werden kann durch festes Zusammenhalten, guten Besuch der Mitgliederversammlungen, durch recht starke Organisation. Daß dem wirklich so ist, habt ihr in zweiter Linie gehört. 17 Kollegen wurde hier nach kaum vierzehntägigem Bestehen der Zahlstelle wegen Zugehörigkeit zur Organisation gekündigt. Der Verband hat uns daraufhin, um zu verhüten, daß wir und unsere Kinder Not litten, mit einer Summe von nahezu 1000 Mark unterstützt. Gewiß für eine Zahlstelle, die vorerst keinen Pfennig opferte, eine große Summe. Der Verband hat damit bewiesen, daß es ihm heiliger Ernst ist mit der Verbesserung

unserer Lage. Das solltet ihr denn alle erkennen, Kollegen, die ihr oft genug länger als 14 Stunden täglich schaffen müßt, und die ihr unter den erbärmlichsten Verhältnissen schafft. Tretet deshalb alle dem Verband bei; besucht fleißig unsere Versammlungen, nicht das katholische Bruderschaftshaus, von dem ihr doch nichts habt, tretet in unsere Reihen, damit wir auch hier unseren Zweck verfolgen und erreichen können, wie ihn schon so viele unserer Kollegen an anderen Orten erreicht haben, und das können wir nur durch Einigkeit, durch recht starke Organisation bezwecken. Also, Kollegen, auf und veräume keine, an unsere Reihen sich anzuschließen.

Kaiserlautern. In der Korrespondenz in letzter Nummer unserer Zeitung muß es heißen: „der beiden Schreiner Konrad und Herzhauser“.

Krefeld. Eine stark besuchte Holzarbeiterversammlung, einberufen von der hiesigen Filiale des Deutschen Holzarbeiterverbandes, fand am 26. März im Kühlerschen Saal statt. Die Versammlung beschäftigte sich mit dem vom Deutschen Holzarbeiterverband ausgearbeiteten Tarif, der in nächster Zeit den Unternehmern unterbreitet werden soll. Kollege Fingers betonte in einer längeren Rede die Notwendigkeit eines Tarifs und forderte die anwesenden Kollegen, soweit sie noch nicht organisiert sind, auf, der Organisation beizutreten, damit man dem Unternehmertum als eine geschlossene Macht entgegenzutreten könne. Nach einer Debatte, an der sich eine Anzahl Kollegen beteiligten und in der die Notwendigkeit eines Lohntarifs anerkannt wurde, nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an: „Die heute am 26. März im Saale des Herrn Kühler, Westwall 100, tagende, stark besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung erkennt die Notwendigkeit an, den aufgestellten Tarif in Krefeld zur Einführung zu bringen, und macht sich zur Aufgabe, da nur die Organisation den Abschluß des Tarifs bewerkstelligen kann, die noch nicht der Organisation angehörigen Holzarbeiter derselben zuzuführen. Sie beauftragt die Versammlungsleiter, in kurzer Zeit eine von den beiden Verbänden zusammengefasste Mitgliederversammlung einzuberufen, in der der Zeitpunkt festgesetzt werden soll, wann der Tarif den Unternehmern unterbreitet werden soll.“

Liebertwerda. Die Firma Reiß hat mit Anfang des Jahres ihre Arbeiter durch Einführung einer „Freiwilligen Altersversicherung“ beglückt. Gegenstand einer Betriebsbesprechung sollte diese Einrichtung am Sonntag den 5. d. Mts. sein. Zu dem Zwecke waren vom Gauvorstand einige Kollegen beauftragt, einmal die Vorarbeiten zu besorgen und zum andern in der Besprechung tätig zu sein. Voragitation und Verteilung von Einladungszetteln geschah am Sonntag nach Arbeitsluß. Hierbei machte der Unternehmer erstmalig von seiner „Gewalt“ Gebrauch, indem er die Verteiler von „seinem Grund und Boden“, das heißt vom Fußweg auf den Damm, verwies — na, es ging auch so, oder noch besser so. Die Agitation hatte gewirkt, am Sonntag waren gegen 65 Arbeiter anwesend, ebenso hatten sich der Unternehmer mit seinem Prokuristen, diversen Handlungsdienern und Schreibern, daneben ein Stab von Werk- und sonstigen Meistern eingefunden. „Sag, Liebchen, was willst du noch mehr?“ Ein Dresdener Kollege hatte das einleitende Referat übernommen und versuchte, von der geschichtlichen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ausgehend überzuweisen zu dem Kapitel Arbeiterwohlfahrt und Arbeiterversicherung, doch da war die Rechnung ohne den Unternehmer und seine Trabanten und — hier wörtlich — ohne den Wirt gemacht. Der Unternehmer und sein Gefolge meinten, das sei „sozialpolitisch“ oder gar politisch und brachten damit den Wirt auf den richtigen Trichter, der nun mit einem Male dasselbe erkannte und nach einer kurzen Zusammenkunft mit einem Anwesenden hinter einer Tür dem Kollegen verbot, in seinem Lokal über „solche Sachen“ zu sprechen und mit liebenswürdigem Hinweis auf den Hausfriedensbruch den Kollegen zwang, von weiteren Ausführungen Abstand zu nehmen. Daß dies alles ein schlaues berechneter Trick war, erhellt daraus, daß nunmehr der Unternehmer und seine Trabanten das Wort hatten und nicht gerade das „Nein“. Diese Art Diskussion lief auf nichts anderes hinaus, als auf eine Beweishandlung der „Arbeiterfreundlichkeit des Unternehmers“ durch diesen selbst, dann wieder durch den oder jenen aus seinem Gefolge. Es triefte nur so von Liebe für die Arbeiter und von Beweise für Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter. Einige deutschnationalen Handlungsjünglinge taten sich dabei ganz besonders hervor. Zwei von diesen hatten das ehrenvolle Amt des Stenografen übernommen. Den Behauptungen über die Arbeiterfreundlichkeit wurden auch Beweise angeführt, so mußte sich ein Arbeiter, der zwölf Jahre lang im Maschinenraum tätig war und sich dort Rheuma in die Knochen geholt hat und nun einige Unterzählung und bei leichter Arbeit den früheren Verdienst erhielt, als lebendes Beispiel vorstellen — andere Arbeiter sind nach jahrelanger Arbeit entlassen worden. — Der Prokurist brach Szenen, Meister sprangen ein, aber der Versuch eines Arbeiters, ein Vertrauensvotum bezüglich Arbeiterfreundlichkeit der Firma und was drum und dran hängt, herauszufordern, scheiterte kläglich — es mochte keiner der Anwesenden dieses Mitarbeiters folgen! So ist nun diese Diskussion noch lange fortgegangen, während unsere fremden Kollegen längst ein anderes Lokal aufgesucht hatten, um dort ihr Mittagbrot einzunehmen. Das hatte nun ein „braver“ Arbeiter dem Herrn Chef usw. hinterbracht und die Gesellschaft, die im ersten Lokal auf Kosten des Unternehmers sich gültig tat, hatte nichts eiligeres zu tun, als — unseren Kollegen nachzugehen mit dem löblichen Vorsatz, sie zu belästigen; daraus wurde aber nichts, die waren schon fort nach dem Bahnhof. Nun blieb nichts anderes zu tun, als der freundlichen Einladung des Unternehmers, sich gültig zu tun, nachzukommen und da ist denn nun ein ehrlich Stück Arbeit geleistet worden, der Wirt ist wahrscheinlich nicht böse drüber gewesen, daß die Wurst und der Schinken mit Butter geschmiert wurde und das Brot liegen blieb und daß so vieles Bier seinen Beruf richtig erfüllte. — Doch ach — das Unglück schreitet schnell! Altemals kommt mit einemmal wieder so ein braver Arbeiter hereingeführt und meldet, „daß sie auf dem Bahnhof sind!“ Hallo! „Alle Mann nach dem Bahnhof!“ war nun das Schlachgeschrei, und bald waren auf dem Bahnhof unter ehrenwerter Führung 30 Mann versammelt zu dem Zwecke, unseren abreisenden Kollegen eine „Ovation“ darzubringen, zugleich aber auch den Beweis zu erbringen, zu welchem abernen Streichen eine gewisse Sorte Menschen fähig ist!!

Soweit war alles ganz schön, aber auch hier gings schief, die Bahnsteigtarten wurden gelöst, alle Mann hinaus, aber unseren beiden Kollegen fiel es gar nicht ein, jenes halbe Schock so leicht zum Spaß und den Unternehmer so leichten Kaufes davonkommen zu lassen, sie hatten es nicht so eilig mit dem Fortfahren, im Kreise vernünftiger und anständiger Berufsgenossen sieht es sich ja so schön. Seht war nun bei dem halben Schock guter Rat teuer — sie kommen nicht! Aber halt, sie müssen nach Osterwerda, darum schleunigst alle Mann Fahrtarten nach — Osterwerda, immer auf Kosten der Firma Reiß, und das halbe Schock dampft ohne unsere Kollegen nach Osterwerda ab —. Wie lange die guten Deutschen dort gefessen haben und auf „Kommun“-kosten Zeche gemacht haben, wissen wir nicht ganz genau, zwei Stunden mußten sie aber, um ihre schöne Mission ganz zu erfüllen, mindestens warten, also bis nach 5 Uhr. Nach einigen Mittelungen, die dem Schreiber dieses geworden sind, sollen aber um 10 Uhr noch einige wackere Männlein auf dem Posten gewesen sein, um die „Aufwiegler“ zu begrüßen. Na, ihre eigene Kasse hat's ja nicht geschädigt! Freilich haben auch die unsonst gefessen, unsere Kollegen haben einen schönen Spazierweg gemacht und sind an ihr Ziel gekommen und wahrscheinlich längst daheim gewesen, als einige tüchtige Jünglinge aus dem halben Schock ihr Hirn noch abmühten, wie wohl unsere Kollegen am besten anzupumpeln sein möchten, wenn sie kommen. Unserer überschläglichen Rechnung nach dürfte dieser ganze famose „Spaß“ nahe an die hundert Mark kosten — na, es wird schon wieder heretgebracht werden — es sind auch Arbeitergroßen! Soviel für heute, nächstens mehr! Wenn der greifbare Erfolg für uns nicht groß war, so macht das nichts, manchem Arbeiter wird wohl doch das Nachdenken gekommen sein; ein paar Maßnahmen hatten wir auch zu verzeichnen. Wir sind bescheiden und wissen, daß auf eine Hieb kein Baum fällt. Aber Liebertwerda vergessen wir nicht und wenn die Herren Reiß noch so sehr an Harnisch bringt und weder Geld kostet. Die unendlich kindische Art aber festzunageln, wie man hier fertig brachte, anders denkende Arbeiter zu belästigen, das war der Hauptzweck dieser Zeilen; ihr Erfolg wird auf unserer Seite sein. Unseren Freunden in Liebertwerda wünschen wir erfolgreiche Fortarbeit, unseren nicht organisierten Kollegen recht baldige Erkenntnis ihrer Lage, unseren Feinden werden wir zu begegnen wissen! Den nicht bei Reiß beschäftigten Freunden, die uns so hilfreich bei der Durchkreuzung der Pläne des halben Schock zur Seite standen, unseren herzlichsten Dank und Gruß!

Schwennigen. Durch die in der letzten Zeit betriebene Agitation unter den hiesigen Holzarbeitern hat unser Verband am Ort bedeutende Fortschritte erzielt, sowohl an Zunahme von Mitgliedern, wie auch an der Zunahme des Verbandsinteresses derselben im allgemeinen. Die Verwaltung der hiesigen Zahlstelle gibt sich auch alle Mühe, um dieses Interesse noch immer mehr zu steigern. So wird bereits in jeder Versammlung, welche wir alle 14 Tage eine abhalten, von hiesigen Kollegen je ein Vortrag gehalten. Auch wurde diesen Winter ein Schreibrat, Rechnungs- und Buchführungsausschuss abgehalten, an welchem etliche 30 Mitglieder teilgenommen haben. Ganz besonders interessant waren unsere beiden letzten Versammlungen. In denselben wurde nämlich ein Schriftstück verlesen, welches die Uhrenfabrik Jungmans & Thomas Haller an eine ihrer Filialen gerichtet hat. Aus demselben ist zu ersehen, wie die großen Unternehmer der Uhrenbranche, trotz den jetzt schon bestehenden staunenswerten niedrigen Affordrängen, noch fortwährend versuchen, auf der einen Seite die Arbeitsleistung des einzelnen zu steigern und auf der anderen die Affordräge zu kürzen. Allgemeine Entrüstung herrscht unter den hiesigen Holzarbeitern über diesen neuesten Anschlag der Firma auf die Löhne der Arbeiter, und wurde allgemein der Wunsch geäußert, dieses Schriftstück der Öffentlichkeit zu übergeben. Dasselbe lautet:

Schwannberg, den 19. November 1904.

Zit. Uhrenfabrik Ebenfeld
Wir bestellen Ihnen heute je 300 Halbregrulature Stettin I und Stettin II. Diese Halbregrulature sind aber im Preise noch viel zu teuer, gegenüber dem Konkurrenzpreis ersuchen wir Sie, sich anzustrengen, dafür einen wesentlich billigeren Preis herauszukalulieren. Neue Polkalkulation erhalten Sie nächster Tage, und wir senden Ihnen anliegend Abschrift von Kalkulation zu Regulaturegehäufteilen von unserer Fabrik in Degglingen bei, aus welcher Sie in erster Linie die Art der Fabrikation und in zweiter Linie die dort bezahlten Löhne ersehen werden. Degglingen fertigt jeden Bestandteil in großen Quantitäten im Vorrat an, beispielsweise: Furniertes Holz zu Seiten, furniertes Holz zu Rückwänden, Blindholz für Gesims, Stäbe für Gesims usw. Es ist dadurch im wahren Sinne eine sehr große Arbeitsteilung und Massenfabrikation erzielt.

Wir wollen zu dieser Art der Fabrikation auch übergehen und werden Ihnen demnach Zeichnungen für Serien zu Halbregrulaturen und für Regulature zugehen lassen.

Wir wünschen, daß dort in ähnlicher Weise fabriziert wird, und daß Sie dann für jeden Teil bis zum Zuschneiden Einzelkalkulation ausfertigen, die mindestens nicht höhere Löhne aufweisen als Degglingen. Denn durch die Spezialisierung werden in Degglingen recht gute Verdienste erzielt.

Die fernere Fabrikation der Gehäuse ist eine schablonenartige. Es werden die Hinterkasten alle in gleicher Dimension und Ausführung angefertigt, die Türen alle nach einer Schablone gemacht, desgleichen die Gesims und Sockelplatten, auch die Sockel. Die Aufsätze werden nur etwas verschiedene gehalten, um veränderte Muster zu haben. Die Dreherei ist aufs knappeste neu zu kalkulieren und insbesondere für das neue Verfahren, sowohl für die Lackiererei des Kastens als auch für diejenige der Dreherei, zugrunde zu legen.

Die Kasten kommen zur Ablieferung, und wenn solche mit eingeschraubten Werten versehen sind, werden sie mit Spirituslack überlackiert und sind dann fertig zum Versand.

Die Art der Fabrikation von billigen Gehäusen ist diejenige von Degglingen, Schwölln und Freiburg, und wir können Sie nicht dringend genug ersuchen, jeden Artikel aufs schärfste zu kalkulieren und die niedrigsten Affordröhne anzustreben, denn nur dadurch können wir in Halbregrulaturen und billigen 5/4 Zoll-Regulaturen das verlorene Terrain gewinnen.

Hochachtung
Vereinigte Uhrenfabriken
von Gebr. Jungmans & Th. Haller, Mt.-Ges.

In der letzten am 24. März stattgefundenen Versammlung, welche von circa 80 Kollegen besucht war, hielt Kollege Raub aus Stuttgart noch einen Vortrag über „Frauen- und Kinder-schutz und die Volkshilfe“, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Mögen nur die hiesigen Kollegen mit der Agitation so fortfahren, so wird es mit der Zeit ein leichtes sein, solche Manipulationen, wie oben geschildert, zurückweisen zu können.

Schramberg. Gerade ein Jahr ist es her, seitdem hier die Gewerbegerichtswahlen stattgefunden hatten, bei welchen die Kandidaten der freien Gewerkschaften den vereinigten Gegnern (christlichen Gewerkschaften, Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, katholische und evangelische Arbeitervereine) unterlagen. Im Lager der Sieger herrschte großer Jubel über diesen Erfolg. Mancher Arbeiter aber sah einer solchen Befehung des Gewerbegerichts mit großem Mißtrauen entgegen; denn dessen war man versichert, daß ein Teil der gewählten Arbeitervertreter nicht das Zeug hatten, einem Unternehmer gegenüber das nötige Rückgrat zu bewahren. Wenn man damals sagte, „an ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“, so hat sich dies in letzter Woche bewahrheitet.

Am 27. März wurde vor vollendetem Gewerbegericht die Forderung der Arbeiter, betreffs acht tägiger Lohnzahlung, beraten und darüber abgestimmt. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Die Arbeitgeber stimmten geschlossen dagegen, wie nicht anders zu erwarten war, die Vertreter der Arbeiter fielen, wahrscheinlich aus Furcht, es bei den Fabrikanten zu verderben, zum Teil um und stimmten ebenfalls dagegen. Das Endergebnis war folgendes: es stimmten für den acht tägigen Zahlung sechs Arbeitervertreter, dagegen stimmten acht Arbeitgeber (einer fehlte) und drei Arbeitnehmer. Die Namen dieser drei Arbeitervertreter sind folgende: 1. Scheerer, Vorstandsmitglied des evangelischen Arbeitervereins; 2. Pius Hug, Ortsvereinsvorsitzender der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaft, Lauterbach; 3. Otto Napp, Mitglied des katholischen Arbeitervereins. Der erste ist schon längst als Verräter der Arbeiter bekannt, und man wundert sich nur über die Arbeiterschaft, die einem solchen Menschen nachläuft. Wenn derselbe sich beleidigt fühlt, weil der evangelische Arbeiterverein bei Stellung der Forderung nicht erst befragt wurde, so ist darauf zu erklären, daß die organisierte Arbeiterschaft eine solche Vereinerung, in welcher Kommerzienräte und Fabrikanten als Ehrenmitglieder aufgenommen und in allen Versammlungen auf dieselben Hurra und Hoch gebüllt wird, nicht als Arbeiterorganisation anerkennen kann. Der zweite dieser Ausschussmitglieder, Pius Hug von Lauterbach, erklärte im Namen der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter Lauterbachs Stimme er dagegen. Das ist denn doch ein großer Mund voll; macht übrigens den „Hirschen“ alle Ehre, dieselben haben schon zu Anfang der Bewegung den Verräter gespielt dadurch, daß sie, entgegen dem gemeinsamen Beschluß, direkt gegen die Arbeiterinteressen handelten. Dem Dritten in diesem Bunde, Otto Napp, ist wahrscheinlich, angesichts der Arbeitgeber, das Herz in die Hosen gefallen; wo sollte denn dieser die Disziplin gelernt haben, für Arbeiterinteressen einzutreten, etwa im katholischen Arbeiterverein? Ja, wer dort in die Schule geht, lernt selten etwas Besseres als Liebedienerei vor Fabrikanten. Auf-fallend war gerade dieser Dritte dadurch, weil er kurz vor der Abstimmung einem Arbeitervertreter noch versprach, für die Forderung zu stimmen. O sancta simplicitas!

Arbeiter Schrambergs! Hieraus erfahrt ihr nun wieder, wer eure wirklichen, ehrlichen Vertreter sind; derartige wäre bei der früheren Befehung des Gewerbegerichts unmöglich gewesen, und nur eurem Reichtum ist es zu danken, daß wir hier derartiges erleben mußten. Wie viele hielten es vor einem Jahre nicht für notwendig, zur Wahl zu gehen, teils in dem guten Glauben, daß der Sieg den freien Gewerkschaften doch sicher sei, teils in der ganz verkehrten Meinung, daß es ganz gleichgültig ist, wer zum Beifall der Gewerbegerichte gewählt sei. Arbeiter! rafft eure ganze Kraft nochmals zusammen, entreibt den Wölfen ihr Schaaf-schleib, helfst uns in der Agitation für die freien Gewerkschaften, so wird auch dieser Schaden wieder zu unserem Besten sich wenden lassen. Fort mit den Verrätern! Hoch die Organisation!

Stralsund. Vor zwei Jahren stellten wir unsere Forderungen; wir erzielten damals ohne Kampf eine Lohn-erhöhung von zwei Pfennig pro Stunde. Das ging ja einige Zeit ganz gut, schließlich wurden die Verhältnisse aber doch wieder zu unerträglich. Die Meister boten den ausgeleiteten Kollegen Wochenlohn von zwölf Mark, das heißt sie zahlten ihnen nach Abzug von neun Mark für Kost und Logis drei Mark Lohn pro Woche. Wie gewöhnlich, verheimlichten das uns diese Kollegen. Schließlich waren die Meister doch zu dreißig in ihren Bestrebungen, unsere Lage zu verschlechtern. Im November versuchte die Tischlerinnung die Durch-führung einer Arbeitsordnung, die mehr einer Gesinde-ordnung gleich. Das brachte unsere Kollegen auf die Beine. Die Versammlungen wurden reger besucht, nach längeren Beratungen und auf Anregung des Hauptvorstandes reichten wir schließlich als Antwort auf die Provokation der Meister bei der Meisterorganisation unsererseits einen Arbeitsvertrag ein. Die Meister blieben darauf die gewünschte Antwort schuldig, wir werden diesmal aber nicht locker lassen. Wir lassen es unter Umständen auch auf einen Kampf ankommen, um unsere Forderungen durchzuführen. Die Kollegen haben beschlossen, zur besseren Durchführung des Kampfes einen Ortsarbeitsvertrag von fünf Pfennig pro Woche zu zahlen. Zugang ist fernzuhalten.

Sterbetafel.

- Paul Graumann, Tischler, geb. 24. Juli 1882 in Frankfurt a. O., gest. 27. März 1905 ebenda.
- Karl Kube, Schreiner, geb. 8. Januar 1881 in Cassel, gest. 21. März 1905 in Frankfurt a. M.
- Christian Gläser, Schreiner, geb. 8. April 1856 in Altengronau, gest. 27. Februar 1905 in Höchst a. M.
- Michael Zimmer, Bildhauer, geb. 22. September 1870 in Wilhelmshorst, gest. 25. März 1905 zu Nürnberg.
- Max Maurath, geb. 13. Oktober 1869, gest. 28. März 1905 in Breslau.
- Adwig Schwarz, Schreiner, geb. 2. November 1852, gest. 28. Februar 1905 in Cassel.

- Alfred Wiemann, Tischler, geb. 26. Februar 1886 in Neustadt, gest. 6. März 1905 in Wenzgenjena.
- Max Schlotter, Tischler, geb. 26. November 1882, gest. 28. März 1905 in Breslau.
- Drumo Gröbzig, Polierer, geb. 23. Februar 1881, gest. 19. März 1905 in Colmnitz.
- Wendolin Peter, geb. 12. Oktober 1857 zu Wellendingen, gest. 18. März 1905 in Schwenningen.
- Wenzel Knäslinger, geb. 8. März 1876 zu Reckberg (Böhmen), gest. 24. März in Schwenningen.
- Alfred Dommann, Tischler, geb. 27. Juli 1880 in Wilsdruff, gest. 15. März 1905 ebenda.
- Robert Nädisch, Maschinenarbeiter, geb. 10. Oktober 1867 zu Malmitz, gest. 22. März 1905 zu Zwickau.
- Paul Wam, Tischler, geb. 6. August 1883, gest. 8. April 1905 zu Breslau.
- Robert Großmann, geb. 2. Juni 1860, gest. 5. April 1905 Breslau.
- Joh. Kunkelmann, Rammacher, geb. 10. November 1872 zu Erbach, gest. 9. April 1905 zu Darmstadt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Mugsburg. (Telegr.) Die Meister lehnten die Forderung der Schreiner ab. 150 Schreiner im Ausstand. Zugang streng fernzuhalten.

Hamburg. (Telegr.) 150 Holzarbeiter der Wagenfabrik Falkenried in Hamburg wegen Lohnforderung im Streit. Streikbrecheragenten unterwegs. Zugang fernhalten.

Zugang ist fernzuhalten von:

Tischlern nach Celle (Wolter & Bleckmann), Coswig in Anhalt (Behrend), Duisburg, Greifswald, Goslar am Harz (Fr. Wagener), Güstrow (Dietrich), Hamburg, Heidingsfeld bei Würzburg, Ilmenau, Leipzig (Dr. A. Stoll), Magdeburg, Merseburg (Günther), Minden (Schmidt), Mühlhausen im Elsaß, Speyer, Stralsund, Wriezen (C. Schmidt), Wien, Bern (Schweiz), Zürich;

Tischlern, Maschinenarbeitern und Drechslern nach Radeberg (Eichenbach'sche Werke), Scheuditz (S. Schäfers Söhne);

Tischlern, Drechslern und Korbmachern nach Werden a. Ruhr;

Tischler auf photographische Apparate nach Dresden und Umgebung;

Mobeltischlern nach Berlin, Ralk bei Cöln (Humbold);

Tischlern und Stellmachern nach Brandenburg a. S. (L. J. Richter), Hannover (Waggonfabrik), Dortmund (Union, Abteilung Waggonbau);

Drechslern nach Verna, Friedland bei Breslau (Seifert & Rammel), Luckenwalde;

Musikinstrumentenarbeitern nach Berlin, Dresden, Johanngeorgenstadt (M. Gruner), Liegnitz (M. Freitag);

Parquetlegern nach Nürnberg (Moser);

Stocharbeitern nach Berlin (J. & S. Sembick);

Korbmachern nach Hamburg, Lübeck (J. Oldenburg), Markranstädt (Schindler), Radebeul (Peter & Stegmann).

In den Berliner Vororten Adlershof, Cöpenick und Friedrichshagen haben sich, als die Tischler am 8. April die Arbeit einstellten, die Unternehmer sehr bald dazu bequemt, die gestellten Forderungen zu bewilligen. Ein für zwei Jahre abgeschlossener Vertrag erkennt die 52 stündige Arbeitszeit und den Berliner Bantischler tarif als für die genannten Vororte gültig an. In einigen Werkstätten, deren Inhaber den Tarif noch nicht unterzeichnet haben, dauert der Streik noch an, doch ist auch hier auf eine baldige Beilegung zu rechnen.

In Dietrichheim haben die Kollegen in der Möbelfabrik von Beck auf friedlichem Wege eine Erhöhung des Stundenlohns um 2 bis 3 Pf. erreicht. Für über 20 Jahre alte Arbeiter ist ein Wintmallohn von 92 Pf. festgesetzt worden.

In Bremerhaven ist den Kollegen der Werkst. Seeb & auf ihr Verlangen eine Lohnenerhöhung für sämtliche Kollegen zugestanden worden.

In Cöln haben die Stellmacher, wie bereits in den beiden letzten Nummern unserer Zeitung berichtet, bei den Firmen Scheele und Utermöhle einen schönen Erfolg erzielt. Ebenso haben die Stellmacher, Schmiede und Lackierer der Luruswagenfabrik Busmann, vormalig Israel Söhne, Mühlheim a. Rh., einen schönen Erfolg auf gutlichem Wege erreicht, trotzdem die Organisation in diesem Betrieb noch jung ist. Sie forderten und erzielten 54 stündige Arbeitszeit (bis her 62), an den Tagen vor den hohen Festtagen um 5 Uhr Schluß der Arbeitszeit bei vollem Lohne, und Einföhrung eines Arbeitersausschusses. An den Kollegen dieser Betriebe wird es nun liegen, das Erreichte hochzuhalten und die dem Verband noch fernstehenden Kollegen demselben zuzuföhren, und wenn dieses der Fall ist, wird es möglich sein, für die im allgemeinen noch schlecht entlohten Kollegen dieser Branchen bessere Verhältnisse zu erkämpfen.

Die Parquetleger haben im Herbst vorigen Jahres mit den Unternehmern Rheinland und Westfalens einen Tarif abgeschlossen, welcher von diesen zwar anerkannt, aber nicht eingehalten wird. Verschiedene Unternehmer besitzen täuschend nachgemachte Tarife, worin einzelne Positionen reduziert sind, und der so gefälschte Tarif hängt auf ihrem Bureau aus. Es ist daher Pflicht eines jeden Kollegen, einen solchen Tarif energig zurückzuweisen und nur den mit dem Zahlstellenstempel versehenen Tarif anzuerkennen. In jedem Fall ist es notwendig, die Sozialverwaltung sofort in Kenntnis zu setzen.

In Coswig in Anhalt haben am 29. März die Kollegen der Bantischlerei von Behrend ihre Forderung auf Einföhrung der neunstündigen Arbeitszeit und zwanzigprozentige Akkordpreiserhöhung eingereicht. Da derselbe jedoch nur die 9/11 stündige Arbeitszeit und fünfprozentige Akkordpreiserhöhung zugestehen wollte, so reichten am 4. April sämtliche

Kollegen ihre Kündigung ein. Behrend liefert ausschließlich für Berlin, und um deswillen rechtfertigen sich schon aus diesem Grunde die gestellten Forderungen. Zimmerhain halten dieselben nur die Mitte zwischen den bisher gezeigten und den Berliner Preisen. Sollte Herr Behrend sich bis 18. April nicht noch eines Besseren bestimmen, so ist von diesem Tage ab mit dem Ausstand sämtlicher Kollegen zu rechnen, was wir namentlich die Berliner Kollegen und insbesondere die Anschläger und Einseker zu beachten bitten. Weiter ist aber auch der Zugang von hier fernzuhalten.

In Duisburg befinden sich die Schreiner in einer Bewegung um Erlangung des Zehnstundentags. Die Unterhandlungen mit der Schreinerzwangsinnung dürften wohl zu einer Einigung föhren, dagegen haben die beiden größeren Geschäfte, welche im Arbeiterschutzbund für das Bau-gewerbe organisiert sind, unsere Forderungen mit einer Aus-sperung unserer Kollegen beantwortet. Das ist um so eigen-tümlicher, als die größte dieser Firmen, Gebr. Kiefer, die auch tonangebend im Arbeiterschutzbund ist, der Lohn-kommission gegenüber erklärte, sie habe schon vor dem Be-kanntwerden der Forderungen die zehnstündige Arbeitszeit und entsprechende Lohnenerhöhungen bewilligt. Die Situation ist für die Streikenden günstig. Wir bitten, den Zugang fern-zuhalten.

In Eisenach haben die Tischler bei den Kleinmeistern ihre Forderungen eingereicht, und zwar 10 stündige Arbeitszeit (bisher 11 Stunden), 36 Pfennig Mindestlohn und noch einige andere Forderungen, und hoffen sie dies ohne Kampf zu erreichen. Desgleichen stehen schon seit 8 Wochen etliche Bantischler mit den Zimmerern in einem Lohnkampf und machen die Zimmermeister die größten Anstrengungen, vor außerhalb Orts herbeizuföhren. Wenn uns die auswärtigen Kollegen unterstützen, indem sie den Zugang fernhalten, so werden wir auch da siegen.

In Eisleben hatten wir nach neuntägigem Streik den Kollegen der Möbelfabrik von G. Berger den Erfolg zu verzeichnen, daß derselbe am 6. April unsere aufgestellten Forderungen fast uneingeschränkt bewilligte. Demnach haben wir errungen die 58 stündige wöchentliche Arbeitszeit, Erhöhung der Stundenlohne um 2 und 3 Pf., Erhöhung der Akkordpreise um 5 bis 12 Prozent, Garantie des Lohnes bei neuen Mustern beziehungsweise Akkordvereinbarung mit dem Fabrikantenschutz und sonstige nicht unwesentliche Ver-besserungen. Das Ganze ist vertraglich auf ein Jahr ver-einbart mit einmonatlicher Kündigungsfrist, wobei natürlich der ursprünglichen Absicht des Herrn Berger, die, wie schon in voriger Nummer gekennzeichnet, darauf hinauslief, daß er bei eintretender ungünstiger Geschäftskonjunktur von der Zinnehaltung des Vertrages entbunden sein wollte, keine Konzessionen gemacht worden sind. Der rasche entscheidende Erfolg ist das Resultat der vorzüglichen Haltung der 41 am Ausstand beteiligten Kollegen (von 48 Beschäftigten) über-haupt, als auch noch besonders der sofortigen Abreise von 17 Kollegen. Dieses letztere Moment, daß nämlich die be-treffenden Arbeitgeber trotz nachträglicher Bewilligung der Forderungen außer mit dem durch den Streik verursachten Schaden noch mit dem weiteren der Nichtbefehung der Stellen zu rechnen haben, ist geeignet, die Überlegung wach-zurufen.

In Enger bei Herford i. W. ist der Streik bei der Firma Diekmann, Weibmöbelfabrik, mit einem vollen Erfolg für unsere Kollegen beendet. Erreicht wurde die 10 stündige Arbeitszeit, bisher 11 Stunden, und ein Akkord-ausschlag von 10 bis 15 Prozent.

In Goslar hatten, wie schon in voriger Nummer be-richtet, am 3. April sämtliche zwölf ledige Kollegen beim Tischlermeister Fr. Wagener die Kündigung eingereicht. Als Antwort darauf kündigte W. sofort neun verheirateten Verbandsmitgliedern, mit denen sich jedoch drei weitere nicht organisierte Kollegen sofort solidarisch erklärten. Glücklicher-weise fehlt W. zu einem Goslarer Stumm das Notwendigste, nämlich der gefüllte Geldbeutel, und deswegen können auch einem Einsichtigen seine jetzigen scharfmacherischen Allüren nicht imponieren. Wie weit er es darin schon gebracht hat, beweist die weitere Entwicklung der Angelegenheit. Es wurde ihm im Laufe der vorigen Woche der weitgehende Vorschlag gemacht, auf Grund einer von ihm allgemein zugestehenden Lohnenerhöhung über die Höhe der Löhne im einzelnen mit der Werkstattkommission zu unterhandeln. (Die Forderung der Arbeitszeitverkürzung ist im vorigen Bericht irrtümlicher-weise angegeben.) Gegenüber diesem Anerbieten hatte er nur die Erklärung, daß eine solche Kommission für ihn nicht maßgebend wäre und er nicht im entferntesten daran denke, dieselbe über die Arbeitsverhältnisse in seiner Werkstätte mitbestimmen zu lassen. Er nahm auch gar keinen Anstand, seine Absicht zu enthüllen, falls sich die Kollegen zur Arbeits-niederlegung nicht entschließen sollten, diejenigen Kollegen, die nach seiner Ansicht den Konflikt (die Heher!!!) bewirkt hätten, zu maßregeln. Herr Wagener hat wahrhaftig das Handwerk der Scharfmacher um zehn Jahre zu spät ergriffen, er hat wahrhaftig nichts vergessen, aber auch nichts hinzu-gelernt, denn er weiß nicht einmal die gegenwärtigen Ten-denzen der gegenseitigen Anerkennung und Ausgleiches zu würdigen. Deswegen wird er unzweifelhaft entweder über seine neue Mission stolpern oder die Solidarität der Kollegen besteht ihn zu anderen Ansichten. Er kann nun zwischen beiden Ansichten wählen, denn am 8. April ist der Streik in seiner Werkstätte perfekt geworden. Von den 30 Beschäf-tigten sind 24 daran beteiligt. Vor Zugang nach hier wird deswegen dringen gewarnt.

In Greifswald haben fünf Arbeitgeber die Forderungen unserer Kollegen bewilligt; im Streit befinden sich nur noch 12 Kollegen. — Zugang ist noch fernzuhalten.

In Hamburg haben in den letzten Wochen fortgesetzte Unterhandlungen zwischen den beteiligten Innungen von Hamburg und Altona und dem Arbeiterschutzbund einerseits und unserer Organisation andererseits stattgefunden, die von beiden Seiten mit äußerster Schärfe geführt wurden. Die Hoffnung, daß es gelingen werde, auf diesem Wege zu einem annehmbaren Abschluß zu gelangen, hat sich leider nicht erfüllt. Nachdem der Vertragsentwurf die verschiedensten Änderungen erfahren hatte, kam schließlich eine Fassung zu-stande, mit welcher wir uns einverstanden erklärten. Auch die Versammlungen der Arbeitgeber stimmten dem Vertrag am 29. März zu, was uns am 30. März offiziell mitgeteilt wurde. Glaubten wir nun, die Sache sei erledigt, so sollten wir uns getäuscht haben. Jetzt traten die hochweisen Vora-

stände der Arbeitgeber zusammen und änderten wiederum mehrere Punkte des schon von ihrer Versammlung beschlossenen Vertrags. Wir lehnten diese Änderungen ab und die genannten Vorstände hielten daran fest. Ein solches Verhalten ist gewiß bis jetzt noch nirgends vorgekommen, und wir müssen an unserer Behauptung, daß diese Leute selbst nicht wissen, was sie wollen, festhalten, wenn wir nicht Schlimmeres davon denken sollen. Wir hatten uns nun mit diesem Resultat abzufinden und gedenken keineswegs die Hände in die Taschen zu stecken. Haben die Herren die dargebotene Friedenshand zurückgestoßen, so sollen sie den Kampf haben. Wir sind gerüstet. Wir bitten die Kollegen Deutschlands, uns in diesem uns aufdringenden Kampfe nach Kräften dadurch zu unterstützen, daß sie den Zugang nach Hamburg streng fernhalten. Es war nie unsere Art, die jüngeren Kollegen — trotz der verschiedensten Kämpfe, die wir in den letzten Jahren durchzumachen hatten — ohne die äußerste Not von unserer Stadt fernzuhalten, aber dieses Mal geht es nicht anders.

Die Korbmacher Hamburgs hatten schon im vorigen Jahre die Absicht, den seit 1900 gültigen Lohnstarif einer Revision zu unterziehen, und waren alle Vorbereitungen seitens der Lohnkommission getroffen; auch seitens des Vorstandes war die Bewegung bewilligt. Durch eine allgemeine Differenz in der Geschloßbranche wurden wir an der Tarifrevision gehindert. In der am 8. April stattgefundenen Versammlung wurde nun einstimmig beschlossen, diesen revidierten Tarif am 10. April einzuführen. Wir richten deshalb an alle Korbmacher das Ersuchen, vorläufig Hamburg zu meiden, bis die Angelegenheit geregelt ist.

In Hannover ist der Streit der Tischler und Stellmacher in der hannoverschen Waggonfabrik A. G. noch nicht beendet. Die Firma bemüht sich allenthalben, Streikbrecher zu erlangen, und da in Deutschland Stellmacher sehr rar sind, und da sie deshalb trotz ihrer „Garantie eines Stundenlohns von 60 Pfennig“ da kein Glück hatte mit Streikbrecherwerb, wandte sie sich nach Österreich. Aber o Pech! Einer ihrer Streikbrecheragenten wurde dort zum Mächtigsten seines Berufs gemacht, indem ihm bei seiner „Arbeit“ einige Löcher in den Kopf beigebracht wurden, die er sich im Wiener Krankenhaus erst wieder heilen lassen mußte; ein anderer Agent wurde wegen Übertretung des österreichischen Auswanderergesetzes erst zu einer Gefängnisstrafe, dann zu einer Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt. Zudem gelang es uns, einen Teil der von solchen Agenten hergeführten österreichischen Streikbrecher wieder abzuschicken. Die Polizei leistet der Firma in der Bekämpfung der streikenden Arbeiter natürlich die weitgehendste Hilfe. Bei einem Transport von 16 Arbeitswilligen befanden sich einmal 20 Gendarmen zur Bedeckung. In einem Streikbrechertransport befanden sich auch 8 russische Flüchtlinge israelitischer Konfession, 7 davon Familienväter, die sich aber weigerten, die Arbeit aufzunehmen und uns in den Rücken zu fallen. Andere, die angingen, warfen schon nach der ersten Lohnzahlung die Brocken wieder hin, enttäuscht von den tatsächlich gezahlten Löhnen. So blieb der Fabrik nur ein gänzlich unfähiges Element von Arbeitern. Der Vertreter eines belgischen Auftrags hat es denn auch nicht gestattet, daß die Arbeit von diesen Leuten fertig gemacht wird. — Die Arbeitswilligen waren zuerst in der Kantine untergebracht, das wurde von der Behörde aber verboten. Dann wurde das Direktionsgebäude für diese Arbeitswilligen geräumt, mit diesen „nützlichen Elementen“ hielten dann aber auch die — Läuse dort ihren Einzug. Man sagt denn auch schon — Läuse bekommen. Sie möchte auch nachgeben, aber, wie der Direktor erklärte, sie kann nicht. Zum Teufel auch, ist denn die Direktion nicht mehr „Herr im eigenen Hause“, tanzt sie nur noch nach der Pfeife der Metallindustriellen! Alle Verhandlungen, auch die Vermittlung durch den Gewerbeinspektor, wurden abgelehnt. Eine Unterhandlung, die der Landrat endlich herbeigeführt, verlief resultatlos, indem uns nichts weniger als bedingungslose Unterwerfung zugemutet wurde. Die Ausständigen, von denen ein großer Teil anderweitig untergebracht sind, gedenken bis zum vollen Siege ihrer Sache auszuhalten. Wird der Zugang streng ferngehalten, so werden wir bald siegen.

In Altona ist der Zustand der Tischler jetzt allgemein, indem am 8. April weitere 21 Kollegen die Arbeit niederlegten. In zwei Betrieben wird zu den neuen Bedingungen gearbeitet. 15 Kollegen sind abgereist, 5 sind anderweitig untergebracht. Die Verhandlungen mit der Firma Haase & Co., Möbelfabrik, dauern fort. Der Zugang nach hier ist streng fernzuhalten.

In Johanneurgemeinde befinden sich die Kollegen in der Musikinstrumentenfabrik von A. Bruner in einer Lohnbewegung. Die wesentlichsten Forderungen sind 4 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde, 12 Prozent Zuschlag für Akkordarbeit im Durchschnitt und 80 Pf. Mindeststundenlohn, sowie 10 Pf. Zuschlag für Überstunden. Die Firma glaubt die Forderungen infolge der Konkurrenz nicht bewilligen zu können. Daraufhin reichten sämtliche Arbeiter (60 an der Zahl) die Kündigung ein. Bemerkenswert ist noch, daß der Durchschnittsverdienst bei 58stündiger Arbeitszeit rund 15 Mk. pro Woche beträgt. Wir erwarten, daß unseren Kollegen im Erzgebirge strenge Solidarität gewahrt wird.

In Kall bei Ebn ist am 31. März, wie bereits gemeldet, bei der Firma Humboldt, Maschinenbauanstalt, die Modell- und Werkzeugschreiner in einen Abwehrstreik getreten. Grund dazu gab das fortwährende Überstundenwesen. Obwohl in der Arbeitsordnung die zehnstündige Arbeitszeit festgelegt ist, wurde sie durch dieses System zu einer zwölf- und mehrstündigen. Schon im August vorigen Jahres stellten die Arbeiter die Forderung: Einhaltung der zehnstündigen Arbeitszeit, Abschaffung der Überstunden eventuell einen Zuschlag von zehn Pfennig, worauf erwidert wurde, es werden keine Überstunden verlangt, womit sich die Arbeiter zufrieden gaben. Später wurde wieder versucht, die Überstunden einzuführen, dies wurde jedoch dank der guten Organisation der Arbeiter zurückgewiesen. Aber jetzt wurde ein Kollege wegen Verweigerung der Überstunden gemahnt. Die Vertreter der Organisation waren zweimal bei der Direktion vorstellig geworden, aber es führte zu keinem befriedigenden Resultat. Was den Vertretern der Organisation versprochen wurde, ist den Arbeitern nicht ge-

halten worden, und es wurde mit weiteren Entlassungen gedroht. Da es nun feststand, daß die besten Kollegen entlassen werden sollten, wurde von Seiten der Arbeiter der Firma eine kurze Frist gewährt, bis wann sich die Firma erklären sollte, ob sie die Forderung vom August vorigen Jahres anerkennen wolle. Man sollte kaum glauben, daß es wegen einer so kleinen Forderung zum Streit kommen konnte. Es kommen 38 Modell- und Werkzeugschreiner in diesem Betrieb in Betracht, wovon 34 die Arbeit niederlegten; die 4 übrigen waren allerdings bis jetzt noch nicht zu bewegen, den Betrieb zu verlassen. Die Sache steht sehr günstig für uns und hoffen wir auf einen baldigen Sieg. Sehr guter Geschäftsgang und eine gute Organisation sind vorhanden. Da es eventuell noch bei den Firmen Peter Koch, Kalk, Gebrüder Jffelmann, Ebn, und B. Göbde, Mühlheim a. Rh., zum Konflikt kommen könnte, weil dort Streikarbeit von Humboldt hintan, so werden die Kollegen allerorts erjucht, den Zugang nach hier streng fernzuhalten.

In Laupheim haben die Kollegen bei der Firma Mann die zehnstündige Arbeitszeit, bisher elf Stunden, und einige weitere Vorteile ohne Streit erreicht.

In Leipzig haben sämtliche Tischler und Maschinenarbeiter bei der Firma Dr. Adam Stoll, dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes der Holzindustriellen, am 8. April morgens die Arbeit niedergelegt. Die Ursache dieses Konfliktes liegt in dem Verhalten des Herrn Stoll, der in den letzten Wochen wiederholt ältere Arbeiter entlassen hat, um sich den mit den Arbeitern vereinbarten Vertragspflichten zu entziehen. Bekanntlich hat am 1. April nach dem abgeschlossenen Vertrag der Stundenlohn um 2 Pfennig zu steigen. Davon will Stoll nun nichts wissen und sucht den seinerzeit selbst mitgeschlossenen Vertrag dadurch illusorisch zu machen, daß er die alten Leute entläßt und junge dafür einstellt. Die Organisationsleitung suchte den Herrn zunächst selbst zum Einhalten des Vertrages zu bewegen, und als ihr dies nicht gelungen ist, machte sie Herrn Stoll den Vorschlag, die Angelegenheit der Schlichtungskommission vorzulegen, doch auch diesen Vorschlag wies er zurück, weil er seine alten Leute herauswerfen will, um an deren Stelle billige Arbeitskräfte zu stellen. Gie sich nun die Kollegen auf die Straße werfen lassen, beschlossen sie, die Arbeit jetzt gemeinsam niederzulegen, was auch sofort geschah. Beteiligt sind 22 Tischler, 26 Maschinenarbeiter und 8 Drechsler, verheiratet darunter sind 34 Kollegen. Die Produktion dieser Fabrik besteht in der Herstellung von Galanteriewaren und Brandmalereiartikeln. Die Kollegen mögen dies dringend beachten und jedes Arbeitsangebot dieser Firma zurückweisen.

In Lindeburg haben unsere Kollegen mit der Tischlerinnung einen Vertrag auf die Dauer von vorläufig einem Jahre abgeschlossen. In demselben ist die tägliche Arbeitszeit auf 9 1/2 anstatt 10 und mehr Stunden bisher bei einem Minimallohn von 38 Pf. pro Stunde festgesetzt und die Lohngarantie bei Akkordarbeit zugesichert.

In Magdeburg ist der Stand des Streiks immer noch derselbe. Beteiligt waren daran noch in letzter Woche 328 Kollegen mit 408 Kindern, während insgesamt 180 zu den neuen Bedingungen arbeiten, 80 abgereist und 12 Streikbrecher geworden sind. In der letzten Nummer der „Fachszeitung der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen“ werden die seitens der Arbeitgeber gemachten Zugeständnisse aufgeführt; verschwiegen wird dabei aber, worauf wir schon in voriger Nummer hingewiesen haben, daß die Zugeständnisse in diesem Maße erst nach Abbruch der Kommissionsverhandlungen seitens der einzelnen Arbeitgeber ihren früheren Arbeitern angeboten worden sind. Das ist immerhin als ein Zeichen größeren Entgegenkommens aufzunehmen; auch in sonstigem mehrten sich die Zeichen dafür, so daß zu erwarten steht, daß die am 10. April wiederum beginnenden Kommissionsverhandlungen ein zufriedenstellendes Resultat zeitigen werden. Zugang ist aber auch weiter strengstens fernzuhalten.

In Mannheim ist der Streit bei der Firma Benz & Co. nach dreiwöchiger Dauer beendet worden. Durch Vermittlung des badischen Fabrikinspektors Dr. Bittmann, dessen Vermittlungen unseren wärmsten Dank verdienen, kam folgende Vereinbarung zustande: 1. Die Firma stellt für jede Werkstätte, soweit als möglich, eine vollständige Akkordpreislifte mit der Schreibmaschine her, die von den Meistern unter Verschluss zu halten ist. Bei Übernahme eines Akkordes wird die Liste dem betreffenden Arbeiter vorgelegt. Außerdem liegt die Liste Mittwoch und Sonnabends von 11 bis 12 Uhr mittags bei dem betreffenden Werkstattschreiber behufs Kontrolle der übernommenen Akkorde zur Einsicht der Arbeiter auf. 2. Zu jeder Änderung der in der Akkordpreislifte vorgesehener Akkordsätze wird ein von der betreffenden Werkstätte zu delegierender Vertrauensmann zugezogen, falls der betreffende Arbeiter dies verlangt. Es bleibt der Direktion unbenommen, zur Verhandlung über die Akkordsätze einen Betriebsingenieur hinzuzuziehen. Falls über die Höhe des Akkordsatzes eine Einigung nicht zustande kommt, ist der Arbeiterausschuß berechtigt, bei der Direktion vorstellig zu werden. 3. Maßregelungen werden von keiner Seite vorgenommen; die Einstellung der Arbeiter erfolgt auf ihre alten Plätze. Die Meinungen beginnen Dienstag den 4. April laufenden Jahres, so daß mit Ende der Woche die letzten Arbeiter wieder eingestellt sind. Die schwarzen Listen werden zurückgezogen. — Diese Vereinbarungen bedeuten in der Hauptsache einen Erfolg der Arbeiter.

In Merseburg haben die Tischler bei der Firma Günther Forderungen eingereicht und sind daraufhin am Sonnabend 2. Tischler gemahnt worden. Gegenmaßregeln sind getroffen. Weiterer Bericht folgt.

In Nürnberg ist, wie wir bereits berichtet, die Lohnbewegung der Bürsten- und Pinselmacher, in der Hauptsache mit Erfolg, beendet worden. Die Bewegung nahm im einzelnen folgenden Verlauf: Am 18. März wurden den Unternehmern die Forderungen der Arbeiter unterbreitet, mit dem Bemerkten, daß Antwort darauf bis zum 28. März erwünscht sei. Es wurden von den Arbeitern gefordert: 1. Einführung einer 54stündigen wöchentlichen Arbeitszeit, 2. zehnprozentige Lohnerhöhung, 3. bei Einführung neuer Sorten Anpassung der Preise an bestehende reguläre Sorten, Aufnahme aller Preise in eine in den Werkstätten auszuhängende Preistabelle, 4. für Überstunden 25 Prozent Zuschlag. — Am 22. März fand die erste Unterhandlung statt, und zwar mit den „Vereinigten Pinselfabriken“. Nach zweistündiger Verhandlung machten die Leiter dieses Betriebs

unserer Kommission folgende Zugeständnisse: 1. Einführung der 54 1/2 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit, 2. fünf Prozent Lohnerhöhung und unverkürzte Bewilligung der Forderung 3 und 4, die als vollständig berechtigt anerkannt wurden. Diese Zugeständnisse sollten aber nur dann gelten, wenn die anderen 27 bis 30 Fabriken ihnen ebenfalls zustimmten. Die Lohnkommission nahm diese Zugeständnisse unter Vorbehalt der Zustimmung der Mitgliederversammlung an. Die Kollegen stimmten ihnen dann in einer am 26. März stattgefundenen Versammlung, nach einem Referat des Kollegen Dorn, ebenfalls zu. Die daraufhin mit den übrigen Fabrikanten eingeleiteten Verhandlungen zogen sich bis 7. April hin, einige waren vereist, andere weigerten sich, die Zugeständnisse auch ihrerseits zu bewilligen. Erst als unsere Kollegen am 7. April Abschluß der Verhandlungen forderten, kam schließlich mit allen in Betracht kommenden Firmen, mit Ausnahme der Firma P. Landauer, ein Vertrag auf Basis der mit den „Vereinigten Pinselfabriken“ vereinbarten Zugeständnisse zustande. Somit ist die Bewegung bis auf diese Firma beendet. Die Arbeitszeit- und Lohnverbesserungen treten ab 10. April in Wirksamkeit. So ist es den Bürsten- und Pinselmachern Nürnbergs mit Hilfe ihrer Organisation, dem Deutschen Holzarbeiterverband, gelungen, ganz beträchtliche Verbesserungen ihrer Lebenslage zu erreichen.

Auch bei der Firma P. Landauer, Kolnerstr. 11, muß der Vertrag durchgeführt werden, und das wird uns um so leichter gelingen, wenn die Kollegen regelmäßig die Werkstattversammlungen besuchen, wenn sie jederzeit die Anordnungen der Lokalverwaltung befolgen und vor allem den Zugang nach diesen Firmen streng fernhalten.

In Posen haben sich die Arbeitgeber der Holzbranche in diesem Jahre bereit erklärt, einen für uns annehmbaren Vertrag abzuschließen, nachdem dieselben vor zwei Jahren durch einen langen Streik mirbe gemacht wurden. Erreicht wurde anstatt der bisherigen 60stündigen die 58stündige Arbeitszeit pro Woche, Erhöhung der Akkordsätze um 7 Prozent, für Lohnarbeiter Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Prozent, an den Abenden vor den hohen Festtagen um 4 Uhr Arbeitslohn ohne Lohnabzug usw. Bei der Firma W. Endig schweben zurzeit noch Verhandlungen; ausgeschlossen ist es nicht, daß es dort noch zum Streit kommt.

In Rostock haben die Arbeiter der Neptunwerft eine erfolgreiche Lohnbewegung zu verzeichnen. Beteiligt waren an der Bewegung außer dem Holzarbeiterverband die Verbände der Metall- und Werkarbeiter, Schmiede, Kupferschmiede, Maler usw. Nach einem fünfseitigen Streit der Schiffszimmerer gelang es, durch Verhandlungen mit der Direktion eine Einigung zu erzielen. Am 4. April nahmen die Streikenden die Arbeit einmütig wieder auf. — Das Resultat der Lohnbewegung ist folgendes: Der Arbeitstag (bisher 11 Stunden) wird auf 10 Stunden verkürzt. Der Niedrigstlohn für ungelernete Arbeiter wird von 26 auf 28 Pf. pro Stunde erhöht. Der Niedrigstlohn für gelernte Arbeiter beträgt 30 Pf. pro Stunde. Sämtliche Arbeiter, deren Stundenlohn unter 35 Pf. steht, erhalten 1 Pf. Zulage. Für Überstunden von 6 bis 8 Uhr abends werden 25, für alle anderen Überstunden 50 Prozent Lohnzuschlag gezahlt. Bei Akkordarbeiten nach 8 Uhr abends werden 15 Prozent Akkordzuschlag gezahlt. Dem erhöhten Lohn entsprechend werden auch die Akkordsätze neu geregelt. Bei besonders schmutzigen Arbeiten wird nach vorheriger Vereinbarung von Fall zu Fall ein Schmutzgeld von 5 Pf. pro Stunde gezahlt. Schließlich soll in freier Wahl von den Arbeitern ein Arbeiterausschuß gewählt werden; der Ausschuss gilt als Vertretung der Arbeiterschaft gegenüber der Werkleitung. Maßregelungen aus Anlaß dieser Lohnbewegung dürfen nicht stattfinden. — Durch die Lohnbewegung haben also die Arbeiter mit Hilfe der Organisation eine wesentliche Verbesserung ihrer Lebenslage erzielt. Daß davon auch die Werkst keinen Schaden haben wird, ist selbstverständlich.

In Spandau haben unsere Kollegen, wie wir in letzter Nummer unserer Zeitung schon berichtet, in ihrer Lohnbewegung einen vollen Erfolg erzielt. Nur in zwei Betrieben kam es einen Tag zum Ausstand. In zwei gemeinschaftlichen Sitzungen unserer und der Unternehmerorganisationen wurde ein Vertrag abgeschlossen, der die Arbeitszeit ab 1. April 1905 auf 9 Stunden täglich festlegt unter Fortzahlung des bestehenden Lohnes, der weiter einen Minimallohn von 27 Mk. pro Woche vorsieht — nur für die durch Unfall, Invalidität und sonst minder leistungsfähigen Gesellen, sowie für Junggesellen im ersten Gesellenjahre, soweit diese bei ihrem Lehrmeister tätig sind, unterliegt die Festsetzung des Lohnes und der Abschlagszahlung der freien Vereinbarung. Ferner wurde der von der Kommission ausgearbeitete Akkordtarif anerkannt und die Einsetzung einer Schlichtungskommission beschlossen. Der Vertrag hat Gültigkeit bis 1. April 1907 mit dreimonatiger Kündigung. Kollegen Spandaus, an euch liegt es jetzt, die Grunungschaften hochzuhalten und auch noch den letzten indifferenten Kollegen an unsere Organisation zu fesseln, damit wir in zwei Jahren das noch nachholen können, was Berlin uns vor ist.

In Speyer ist die Lohnbewegung der Schreiner beendet. Erreicht wurde neunzehnstündige Arbeitszeit (bisher zehn Stunden). Selbständige Arbeiter erhalten 24 Mark Wochenlohn. Überstunden werden mit 10 Pfennig, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 20 Pfennig pro Stunde extra vergütet. Ferner werden Lohnbücher eingeführt. Bei Einsetzungen ist jedem beteiligten Arbeiter eine Mark extra zu zahlen. Bei Arbeiten im Bau, welche länger wie drei Tage dauern, erfolgt vom ersten Tage an ein Zuschlag von 25 Pfennig pro Tag.

In Spremberg wurde nunmehr auch den Kollegen bei der Firma Kiefer die 56 1/2 stündige Arbeitszeit pro Woche und entsprechende Lohnerhöhung bewilligt, wodurch die Bewegung als beendet angesehen werden kann.

In Stargard haben unsere Kollegen der Tischfabrik Mylius die Preise für Tische, welche dort fabriziert werden, um 10 Prozent in die Höhe gebracht, auch sonst einige Vorteile herausgeholt, und zwar ohne Streit.

In Steinfurt ist der Streit in den Dberwerken nach siebenwöchiger Dauer mit einem Erfolg für unsere Kollegen beendet worden. Da die geforderten Streikbrecher ausgeblieben waren, sah sich die Direktion genötigt, Verhandlungen mit der Streikleitung anzubahnen, die zu dem Resultat führten, daß die Erhöhung des Lohnes auf 36 bzw. 37 Pf. pro Stunde bewilligt wurde. Außerdem wurden noch einige

Verbesserungen in bezug auf Materiallieferung und die Einrichtung der Maschinenarbeit zugestanden. Die Arbeit wurde am 23. März wieder aufgenommen.

In Stuttgart ist eine Lohnbewegung der Möbelfabrikanten mit Erfolg beendet worden. Das wird bei allen unseren Kollegen im Lande draußen gewiß freudige Gefühle erwecken. — Im Jahre 1899 kämpften die Stuttgarter Möbelfabrikanten um die Eringung des Neunstundentags, um Einführung eines Minimallohns, sowie um Garantierung des Lohnes bei Akkordarbeit. Dieser Kampf endete mit Abschluß eines Vertrags, in welchem die neunstündige Arbeitszeit festgelegt wurde. Ein Minimallohn wurde nicht festgesetzt. Bezüglich Garantierung des Lohnes bei Akkordarbeit wurde der Passus aufgenommen: „Die Akkordfäße sind so hoch festzusetzen, daß der Arbeiter seinen Abschlag verdienen kann.“ Über die Dehnbarkeit dieses Passus waren die Arbeiter wohl nicht im Zweifel, doch gab man sich der Hoffnung hin, daß die moralische Pflicht, die den Arbeitgebern hieraus erwächst, dahin führe, daß das hier übliche, für den Arbeiter so nachteilige Defizitwesen verschwinde. Doch hierin sahen sich die Arbeiter getäuscht, nach wie vor trieb die Defizitwirtschaft die herrlichsten Wüten. Die Arbeiter, die mit dem festgesetzten Akkordpreis ihren vereinbarten Lohn nicht verdienen konnten, mußten den Minderverdienst nach wie vor als Schuld an den Arbeitgeber anerkennen. Stwaige Überschüsse bei besser bezahlten Akkorden kamen von diesen Schuldkontos in Abrechnung, so daß es immer seltener wurde, daß ein Arbeiter mehr als seinen Abschlag verdiente. Andererseits aber, da die schlechten Arbeiten häufiger sind als die besseren, hatte eine große Anzahl Kollegen ganz horrenden Defizits (bis 200 Mark und darüber). Häufig wurde dann der Abschlag gekürzt, und einzelne Fälle sind uns bekannt, wo der Arbeiter am Zahltag ohne Lohn nach Hause mußte. Auch das genügte noch nicht. Des öfteren wurden Kollegen bei Lösung des Arbeitsverhältnisses wegen Defizitschulden vor den Rudi zitiert, und das Gericht entschied zugunsten des Arbeitgebers. Klage dagegen ein Kollege, der das Defizit nicht anerkennen wollte, auf Auszahlung seines vollen Lohnes, folgte regelmäßig Abweisung der Klage. Nun versuchte der Arbeiter durch immer größere Anstrengung das Defizit zu beseitigen. Je größer jedoch die Leistung des einzelnen war, desto niedriger wurden auch die Akkordfäße. So sind heute Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des einzelnen gestellt, die sich nicht weiter steigern lassen. Diese Verhältnisse erzeugten naturgemäß große Erbitterung unter den Kollegen, und als die Parole: „Stellungnahme gegen das Defizit und für Garantie des Lohnes“ erfolgte, waren sich alle Kollegen einig, hierfür, wenn nötig, die größten Opfer zu bringen. Es bedurfte nicht imponierender Versammlungen und großer Reden, nur lediglich in Werkstattversammlungen wurden die Kollegen über ihre Ansicht gefragt, und die Antwort war überall: „Rasch ans Werk!“ Nunmehr beantragten wir bei den Unternehmern Abänderung der im Jahre 1899 getroffenen Vereinbarung dahingehend, daß statt des oben bezeichneten § 3 Bestimmungen aufgenommen werden sollten, welche die Garantie des Lohnes bei Akkordarbeit sicherten. Ferner wurde die Einführung eines Minimallohnes, sowie eine zehnprozentige Lohnerhöhung gefordert. Auch die Abschaffung der vom Arbeitslohn einbehaltenen Kauttionen wurde verlangt und zwecks gegenseitiger Aussprache die Einberufung einer gemeinschaftlichen Sitzung erwünscht. Dieses Mal zeigten die Herren mehr Entgegenkommen als im Jahre 1899. Unserem Ersuchen zwecks Aussprache wurde sofort stattgegeben. Ob hier der gute Wille der Arbeitgeber allein entscheidend war, können wir nicht beurteilen, jedenfalls war aber die Stärke unserer Organisation dabei mitwirkend. Wissen doch die Herren Fabrikanten genau, daß in den Möbelfabriken fast alles bis zum letzten Mann organisiert ist und daß es keine Neulinge, sondern langjährige, geschulte Verbandsmitglieder sind, mit denen sie zu tun haben. Auch der Stand unserer Lokalkasse war so, daß an einen eventuellen Kampf nicht zu scheuen brauchte. Bei den gegenseitigen Unterhandlungen machten die Unternehmer eventuelle Zugeständnisse davon abhängig, daß die zu treffenden Vereinbarungen durch Vertrag festgelegt und dieser auf eine bestimmte Zeit nicht kündbar sei. Unseren Standpunkt präzisierten wir dahingehend, prinzipiell sind wir nicht Gegner eines Vertragsabschlusses, wie derselbe jedoch festgelegt wird, hängt von Zugeständnissen, die gemacht werden, ab. Die weiteren Beratungen gingen nur langsam von statten, doch konnte die Lohnkommission nach der zweiten Sitzung den Kollegen einen Vertrag unterbreiten, der in den wesentlichsten Punkten den von uns gestellten Forderungen entsprach. Nur bezüglich der von uns gewünschten zehnprozentigen Lohnerhöhung mußten wir nachgeben, wir mußten uns mit fünf Prozent Lohnerhöhung ab 1. Juni 1905 begnügen. Die einschlägigsten Bestimmungen des Vertrages haben folgenden Wortlaut: „Mit jedem Arbeiter muß innerhalb der ersten Woche ein Stundenlohn vereinbart werden. Bei Akkordarbeitern erfolgt die endgültige Feststellung desselben nach Beendigung des ersten Akkordes. Der Mindestlohn beträgt 40 Pfennig pro Stunde. Mit Arbeitern unter 20 Jahren ist eine besondere Vereinbarung zulässig. Der vereinbarte Stundenlohn ist auch bei Akkordarbeit wöchentlich am Freitag voll auszubezahlen. Bei Akkordarbeit ist der vereinbarte Lohn zu garantieren. Eine Übertragung auf spätere Arbeiten findet nicht statt. Auf die bisherigen Abhne und Akkordpreise erfolgt ein Zuschlag von fünf Prozent ab 1. Juni 1905.“ Eine weitere Bestimmung lautet: „Die in den bestehenden, vom Arbeitslohn einbehaltenen Kauttionen werden nach einem Jahre herausbezahlt.“ Zur Beilegung von Streitigkeiten wird eine Schlichtungskommission gewählt. Die übrigen Bestimmungen sind den im Jahre 1899 getroffenen Vereinbarungen entnommen. Der Vertrag hat Gültigkeit bis 31. Dezember 1907 und läuft stillschweigend ein Jahr weiter, wenn er nicht drei Monate vor dem 31. Dezember gekündigt wird. Eine von 1400 Möbelfabrikanten besuchte Versammlung akzeptierte diese Bestimmungen, wodurch die Lohnbewegung ihren Abschluß fand. Wir haben dabei einen Erfolg zu verzeichnen, auf den wir mit Genugtuung zurückblicken können, zumal derselbe ohne Kampf, lediglich durch die Stärke der Organisation, erreicht wurde. Was im Jahre 1899 nach zwölfwöchigem Streik nicht erreicht wurde, heute ging es ohne solchen. — Wird wohl nunmehr auch Herr Bahardt zur Überzeugung kommen, daß nicht, wie in Berlin behauptet wurde, die Industrie an der

Bewilligung der Garantie des Lohnes bei Akkordarbeit zugrunde geht? In Stuttgart wird sie dieses sicher nicht. Mögen aber auch die Arbeiter den Erfolg der Organisation erkennen und dahin wirken, daß auch der letzte Mann organisiert ist. Weitere Erfolge werden dann nicht ausbleiben.

In Werden a. Ruhr befinden sich die Tischler, Korbmacher, Drechsler und Maschinenarbeiter in einer Lohnbewegung. Zugang ist fernzuhalten.

In Wien währt die Aussperrung der Tischler nun bereits vierzehn volle Wochen, und noch immer ist nicht abzusehen, schreibt unser Wiener Korrespondent, ob und wann es hier zu einem Abschluß kommen wird. Von den 240 Unternehmern, die am 2. und 3. Januar d. J. ihre Gehilfen ausgesperrt hatten, sind jetzt allerdings nur mehr zirka 170 aufrecht geblieben. Alle anderen sind bereits unzufrieden und haben, mehr der Not als dem eigenen Triebe gehorchend, den Neunstundentag mit dem Fünfuhrenabendschluß bewilligt. Ein Teil der ausgesperrten Gehilfen ist mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit bereits anderweitig untergebracht, so daß derzeit nurmehr gegen 1000 Gehilfen zu unterstützen sind. Ministerium und Statthalterei bemühen sich krampfhaft, eine Einigung zwischen den beiden Streitparteien zustande zu bringen. Zwei bis drei kapitalkräftige Fabrikanten jedoch, die an der Spitze der Unternehmerversammlung stehen, suchen mit allen möglichen Winkelzügen und Kniffen ordinärster Art einen gemeinsamen Abschluß zu hintertreiben, zu dem der größere Teil des Komitees schon vor mehr als einer Woche bereit war.

Ihren wirtschaftlichen Interessensstandpunkt und den der anderen kleineren Meister, hat diese Fabrikantenclique schon längst verlassen. Heute dreht es sich bei ihnen hauptsächlich nur noch um die Aufrechterhaltung ihres persönlichen Ansehens als Führer der Unternehmerversammlung und um die Wahrung des Prestiges der Vereinigung selbst. Diesen Eitelkeitsbestrebungen werden jetzt in der vorgeschrittenen Saison noch die größten Opfer gebracht. Ein Teil der von diesem Kampfe betroffenen Unternehmer durchblickt bereits diese Absichten und fällt — solcher Spielereien müde — von der Vereinigung Fußfesseln ab. Im großen und ganzen steht der Kampf trotz seiner unheimlichen Länge für die Arbeiter günstig. Wir ersuchen, wenn möglich um materielle, als auch moralische Unterstützung in diesem den Wiener Tischlergehilfen frivolo aufgezwungenen Kampfe. f. s.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Von der Heimarbeit der Korbindustrie. Kollege Stitz-Berlin schreibt uns: Am 19. März hatte ich Gelegenheit, die Zustände in den Heimarbeiterswerkstätten in einigen Orten des Oderbruchs kennen zu lernen, und zwar in Sophiental und Sydowswiese. Wie diese Zustände sind, spottet jeder Beschreibung, dieselben grenzen an die des Dichtenfeller Bezirks in Bayern. Es beschäftigt dort ein früherer Knecht sieben Heimarbeiter, welche zum Teil wieder Gesellen beschäftigen. In Kienitz sind auch noch sieben Heimarbeiter beschäftigt, jedoch war die Zeit zu kurz, um letztgenannten Ort noch zu besuchen. In Sydowswiese habe ich nur die besseren Werkstätten gesehen, und war dort von allen nur eine, die diesen Namen verdient in bezug auf Licht, Luft und sonstige hygienische Anforderungen. Bei einem Arbeitsraum hat der Wind von allen Seiten ungehindert Zutritt und ist der Fußboden mit Mauersteinen gepflastert. Die Kollegen versicherten mir, daß es im Winter sehr kalt sei, was ja bei nasser Arbeit sehr erklärlich ist. Sonst sind es gewöhnlich Öcher von höchstens 36 Kubikmeter Luftraum, wo bis drei Mann drin arbeiten. Der letztere Fall kommt jedoch nur einmal vor, und zwar ist dies der Großunternehmer, der die ganzen Heimarbeiter beschäftigt. In Sophiental sah ich eine Werkstatt von vier Quadratmeter Grundfläche, die Höhe derselben betrug ebenfalls nicht mehr wie zwei Meter. So hat man gerade der Schemel, der Arbeiter, der darauf sitzt, und das Becken Platz. Die Kollegen können sich wohl denken, was es heißt, in solchem Räume weisse Arbeit zu machen. Licht erhält dieser Raum durch ein Fenster von zwei Quadratfuß Größe. Des weiteren habe ich gefunden, daß eine Werkstatt tagsüber vier erwachsenen Personen und einem Kinde unter einem Jahre als Aufenthaltsort dient; das ganze Aussehen der Wohnung

läßt aber den Schluß zu, daß noch mehr Kinder vorhanden sind. Außerdem dient der Raum noch zum Schlafen für eine Person. Auch über die Ausbildung des Nachwuchses ist dort ein sehr interessanter Fall zu verzeichnen. Der eingangs genannte Unternehmer (Knecht) hat in der Zeit von vier Wochen in den Abendstunden einen jungen Mann ausgebildet, der jetzt selber einer seiner Meister ist; was in vier Wochen zu lernen ist, kann sich jeder Kollege selbst ausmalen, und man kann sich dann auch das Geschrei einiger Unternehmer erklären: „Es gibt überhaupt keinen Korbmacher, der seine Arbeit versteht, aber als Kollegen müssen sie jeden anerkennen.“ Auch das Trucksystem scheint dort noch in voller Blüte zu stehen. Wieder jener Unternehmer versteht es ausgezeichnet, seinen Meister das Geld doppelt aus der Tasche zu holen, genau wie in Dichtenfels und Umgegend. Derselbe bezahlt für ein Duzend Waschrörbe den horrenden Preis von 14 Mk., für die Weiden dazu läßt er sich 14 bis 14,50 Mk. bezahlen, von dem, was übrig bleibt, kauft der Heimarbeiter Stöcke, so daß ihm 9 Mk. pro Woche Verdienst bleiben. In Berlin erhält dieser Unternehmer laut den Preisnotierungen der Korbwarenborse den Preis von 30 bis 33 Mk. pro Duzend. Das beste von allem dabei ist, daß dieser Unternehmer einer von denen ist, welche absolut das Handwerk haben wollen, derselbe ist Meister und Mitglied der Korbmacherzweigungsvereinigung zu Frankfurt a. O. (III) Hoffentlich nehmen sich die dort beschäftigten Kollegen und auch die Heimarbeiter dies alles zur Lehre und denken endlich einmal daran, ihre Lage zu verbessern; dies ist jedoch nur möglich, wenn sich alle dem Deutschen Holzarbeiterverband anschließen, dann wird es auch im Oderbruch endlich Licht werden.

Literarisches.

Arthur Stadthagen, Das Arbeiterrecht. Komplet in 28 Lieferungen à 32 Seiten. Preis pro Lieferung 20 Pfennig. Alle Woche erscheint ein Heft. Heft 22 bis 28.

Die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter erfahren durch die Gesetzgebung fortwährend eine erhebliche Umgestaltung. Eine systematische Darstellung der gültigen Rechtsregeln ist daher dringend erforderlich, da selbst der Jurist bei der Fülle des neuen Rechtsstoffes kaum weiß, was Rechtens ist. Das Arbeiterrecht von Arthur Stadthagen bietet eine solche, von allen Fachleuten anerkannte überaus klare, für jedermann verständliche Darstellung und bildet somit einen unentbehrlichen Führer durch alle Gebiete des Arbeiterrechtes.

Drei vollständig vergriffene Auflagen des jetzt in vierter Auflage vorliegenden Arbeiterrechtes zeugen von der Notwendigkeit dieses Buches für die erwerbstätige Bevölkerung.

Stadthagens Arbeiterrecht ist ein billiger und zuverlässiger Arbeiteranwalt im Hause.

Wir möchten unseren Kollegen dieses Werk ganz besonders empfehlen. Dasselbe wird nach einer Abmachung, die unsere Expedition mit der Verlagsanstalt J. S. W. Dietz Nachf. getroffen, unseren Kollegen zu wesentlich billigerem Preis geliefert (siehe Inserat).

Briefkasten.

Frauensterbekasse, Verwaltungsstelle Cassel, Erde und Schwerte. Die Sache dürfte durch die Bekanntmachung in vorletzter Nummer unserer Zeitung hinreichend geklärt sein, so daß sich jede weitere Erörterung wohl erübrigt.

Darmstadt. G. K. Die Einsendung eignet sich nicht zum Abdruck in der Zeitung.

München. D. B. Wir bringen Ihr Eingekommen in nächster Nummer unserer Zeitung zum Abdruck.

Misfeld. G. W. Schach. S. J. und Langenbielau.

P. L. Berichte, die nicht mit dem Stempel der Lokalverwaltung versehen sind, können wir unmöglich abdrucken.

Kathenow. K. G. und Wiesbaden. P. J. Tarifverträge werden dem Wortlaut nach in der Zeitung nicht veröffentlicht, da sie ohnedies in den Jahresberichten der Gewerkschafter zum Abdruck kommen.

Ravensburg. Berichte, welche nicht mit dem Zahlstellenstempel versehen sind und die gar noch einer Unterschrift ermangeln, finden bekanntlich keine Aufnahme.

Arbeitslosigkeit im Monat März 1905.

Table with columns for location (Gau), number of unemployed members on site, and support received. Rows include Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, Dresden, Chemnitz, Erfurt, Magdeburg, Hamburg, Hannover, Oberfeld, Frankfurt, Nürnberg, München, Stuttgart, and Hauptkasse, along with monthly data for 1905.

